



Anhang zur Broschüre
„Der Wissenschaftliche Beirat des BUND“

1. Der Wissenschaftliche Beirat in der aktuellen Satzung des BUND

Der ehrenamtliche Wissenschaftliche Beirat ist in vielfacher Weise in die Arbeit des BUND eingebunden, wie nachfolgende Satzungsausschnitte zeigen.

§ 4 Mitgliedschaft, Ehrenmitgliedschaft, Ehrenvorsitz

• Absatz 10

Der Vorstand kann im Einvernehmen mit dem Verbandsrat und dem Wissenschaftlichen Beirat Ehrenmitglieder ernennen.

§ 5 Organe

• Absatz 1

Organe des BUND sind:
die Delegiertenversammlung;
der Vorstand;
der Verbandsrat;
der Wissenschaftliche Beirat;
der Gesamtrat.

§ 6 Delegiertenversammlung

• Absatz 1

Der Delegiertenversammlung gehören an:
b) der oder die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats und seine/ihre beiden Stellvertreter oder Stellvertreterinnen;

• Absatz 3

Aufgaben der Delegiertenversammlung sind:
Einrichtung von höchstens 20 Arbeitskreisen; die Themen der Arbeitskreise sind so zu wählen, dass sie insgesamt das Spektrum des Natur- und Umweltschutzes abdecken, der Wissenschaftliche Beirat soll hierzu Vorschläge unterbreiten; Wahl der Arbeitskreisleiter oder -leiterinnen für die Dauer von drei Jahren; sie sollen besondere Erfahrungen und Kenntnisse auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes haben;

• Absatz 4

Eine außerordentliche Delegiertenversammlung ist einzuberufen, wenn es zwei Drittel der Mitglieder des Vorstands, des Verbandsrats oder des Wissenschaftlichen Beirats, ein Viertel der Mitglieder der Delegiertenversammlung, eintausend Mitglieder des BUND oder vier Landesverbände schriftlich verlangen.

• Absatz 5

Anträge zur Delegiertenversammlung müssen spätestens sechs Wochen, bei außerordentlichen Delegiertenversammlungen spätestens drei Wochen vor dem Versammlungstag bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein. Antragsberechtigt sind Delegierte, Organe (§ 5 Abs. 1), Landesverbände und Arbeitskreise des Bundesverbands und die Bundesjugendleitung der BUNDjugend.

• Absatz 6

Der Antragskommission gehören je ein vom Vorstand, vom Verbandsrat, vom Wissenschaftlichen Beirat und von der BUNDjugend benanntes Mitglied dieser Gremien sowie der Bundesgeschäftsführer oder die Bundesgeschäftsführerin an.

§ 7 Vorstand

• Absatz 1

Der Vorstand besteht aus:
dem oder der Vorsitzenden und zwei Stellvertretern oder Stellvertreterinnen, sie bilden den Vorstand im Sinne von § 26 BGB und sind jede/r allein vertretungsberechtigt;
dem Schatzmeister oder der Schatzmeisterin;
zwei weiteren Mitgliedern
dem oder der Vorsitzenden des Verbandsrats;
dem oder der Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats;
dem oder der hierzu von der Bundesjugendversammlung bestimmten Bundesjugendsprecher oder Bundesjugendsprecherin.

§ 10 Wissenschaftlicher Beirat

• Absatz 1

Dem Wissenschaftlichen Beirat gehören an:
a) ein/e Vorsitzende/r
b) die Sprecher oder Sprecherinnen der Arbeitskreise
c) ein Vertreter oder eine Vertreterin der Jugendorganisation, der oder die von der Bundesjugendleitung entsandt wird und beratend;
d) die stellvertretenden Sprecher und Sprecherinnen der Arbeitskreise (im Verhinderungsfall der/s entsprechenden Sprechers/in mit Stimmrecht)
Die Delegiertenversammlung wählt die Mitglieder nach Punkt b) jeweils für die Dauer von drei Jahren und bestätigt

die Mitglieder nach Punkt a), c) und d)

Die Bestätigung kann durch den Gesamtrat vorläufig erteilt werden.

- Absatz 2

a) Die Vorstände der Landesverbände und die BUNDjugend können je ein Mitglied in jeden Arbeitskreis entsenden.

b) Die SprecherInnen der Arbeitskreise berufen selbständig oder auf Vorschlag der AK-Mitglieder die weiteren Mitglieder der Arbeitskreise und gründen ggf. Unterarbeitsgruppen.

c) Wahl- und Stimmrecht haben nur Verbandsmitglieder.

d) Die Arbeitskreise bestimmen aus ihrer Mitte die Stellvertretung gem. Absatz 1 Ziffer d).

- Absatz 3

Der Wissenschaftliche Beirat hat folgende Aufgaben und Befugnisse:

a) fachliche Programme und Grundsatzaussagen zu natur- und umweltschutzpolitischen Themen zu entwickeln und in Abstimmung mit dem Vorstand zu veröffentlichen;

b) aus eigener Initiative oder auf Wunsch von Vorstand oder Verbandsrat zu aktuellen Problemen Stellung zu nehmen;

c) Aussagen des Verbands auf Wunsch eines Organs oder eines Arbeitskreises fachlich zu prüfen und zu koordinieren;

d) auf Wunsch als Schlichtungsstelle in Fachfragen zu dienen;

e) Vorstand, Verbandsrat und Bundesgeschäftsführung fachlich zu beraten;

f) Beschlüsse der Delegiertenversammlung in Fachfragen vorzubereiten;

g) die von der Delegiertenversammlung für den Wissenschaftlichen Beirat und die Arbeitskreise bewilligten Mittel zu verteilen;

h) der Delegiertenversammlung geeignete Personen als Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats vorzuschlagen.

- Absatz 4

Der Wissenschaftliche Beirat wählt jeweils für die Dauer von drei Jahren den oder die Vorsitzende/n und aus seiner Mitte zwei Stellvertreter oder Stellvertreterinnen.

Der/die Vorsitzende enthält bis zur Bestätigung durch die Delegiertenversammlung bzw. bis zur vorläufigen Bestätigung durch den Gesamtrat volles Stimmrecht im Bundesvorstand.

- Absatz 5

Der/die Vorsitzende und seine/ihre Stellvertreter/innen haben folgende Aufgaben:

a) den Wissenschaftlichen Beirat im Bundesvorstand zu vertreten (nur der/die Vorsitzende mit Stimmrecht; im Verhin-

derungsfall wird er/sie durch die Stellvertretung vertreten);

b) zu den Sitzungen des Wissenschaftlichen Beirats einzuladen und die Sitzungen zu leiten;

c) die Arbeit der Arbeitskreise zu koordinieren;

d) die fachliche Klärung von arbeitskreisübergreifenden Fragen voranzutreiben;

e) die Verwendung der von der Delegiertenversammlung für den Wissenschaftlichen Beirat und die Arbeitskreise bewilligten Mittel zu überwachen.

§ 11 Gemeinsame Aufgaben des Vorstands und des Wissenschaftlichen Beirats

- Absatz 1

Vorstand, Verbandsrat und Wissenschaftlicher Beirat haben folgende gemeinsame Aufgaben:

a) den Entwurf des Haushaltsplans einschließlich des Stellenplans zu verabschieden; ist bei einzelnen Positionen kein Einvernehmen herzustellen, macht der Vorstand bei der Vorlage des Entwurfs an die Delegiertenversammlung die abweichenden Meinungen kenntlich;

b) über bundesweite Kampagnen und Aktionen einvernehmlich zu beschließen;

c) inhaltliche Einzelfragen von weitreichender Bedeutung, die sowohl Bundesverband wie Landesverbände betreffen, zu beraten und darüber einvernehmlich zu beschließen.

- Absatz 2

Das Einvernehmen ist hergestellt, wenn Vorstand, Verbandsrat und Wissenschaftlicher Beirat in getrennten Abstimmungen zugestimmt haben.

Das Einvernehmen kann in dringlichen Fällen durch Beschluss des Gesamtrats (§12) hergestellt werden.

§ 12 Gesamtrat

- Absatz 1

Der Gesamtrat setzt sich zusammen aus Vorstand, Verbandsrat, und Wissenschaftlichem Beirat. Für den Wissenschaftlichen Beirat nehmen sein/e Vorsitzende/r und die beiden Stellvertreter oder Stellvertreterinnen teil.

§ 15 Allgemeine Bestimmungen

- Absatz 2

Angestellte des Bundesverbands können nicht Mitglieder von Vorstand, Verbandsrat oder Wissenschaftlichem Beirat sein.

2. Der Wissenschaftliche Beirat in früheren Satzungen des BUND

Der Wissenschaftliche Beirat hat eine lange Entwicklung hinter sich. Dokumentiert ist diese durch kleine und große Veränderungen der Satzung. Nachfolgend ein Überblick mit detaillierter Beschreibung dieser Veränderungen seit 1975.

2.1 Wichtige Satzungsänderungen

- Anzahl der Arbeitskreise/Beiräte

1975: max. 30 Beiräte

1977: max. 20 Beiräte möglich (neu: Beirat muss Mitglied des BUND sein)

1980: max. 20 Personen im fachpolitischen Ausschuss (entspricht dem heutigen WB)

1986: max. 25 Arbeitskreise

1990: max. 15 Arbeitskreise

1991: max. 20 Arbeitskreise

- Namensänderungen/Gliederung in Ausschüssen

Von 1975 bis 1990 „Beirat“, zwischen 1980 und 1990 aufgliedert in verbandsorganisatorischen und fachpolitischen Ausschuss; ab 1990 „Wissenschaftlicher Beirat“

- Mitglied bei Vertreterversammlung (bis 1979) bzw. Delegiertenversammlung

1975: alle Beiräte

1980: Beiratsvorsitzender und alle Sprecher der Arbeitskreise

1986: der Vorsitzende des Beirats und weitere vier vom Beirat zu wählende Arbeitskreissprecher

ab 1990: der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats und seine beiden Stellvertreter

- Teilnahme/Mitglied bei Bundesvorstand

1977: Der Vorsitzende des Beirates ist berechtigt, an allen Vorstandssitzungen teilzunehmen

ab 1990: Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats ist Mitglied des Bundesvorstands

- Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

Neben der Fachkompetenz, die von Beginn an eine Voraussetzung für die Mitgliedschaft im WB war, sind in den Folgejahren weitere Bedingungen hinzugekommen:

1975 – 1976: Jeder Landesverband entsendet ein Mitglied, die übrigen Mitglieder werden von der Vertreterversammlung gewählt;

1977: Neben den gewählten Mitgliedern der Vertreterversammlung, die BUND-Mitglied sein sollen, sind auch die Vorsitzenden der Landesverbände bzw. deren Stellvertreter Mitglieder des Beirats [sollen BUND-Mitglieder sein?];

1980: Der Beirat besteht aus einem fachpolitischen und verbandsorganisatorischen Ausschuss.

1990: Dem Wissenschaftlichen Beirat gehören an: die Leiter der Arbeitskreise (im Verhinderungsfall deren Stellvertreter) sowie mit beratender Stimme ein Vertreter der Jugendorganisation.

ab 1997: Dem Wissenschaftlichen Beirat gehören an: ein/e Vorsitzende/r, die SprecherInnen der Arbeitskreise, ein/e Vertreter/in der Jugendorganisation und beratend die stellvertretenden SprecherInnen der Arbeitskreise (im Verhinderungsfall der/s entsprechenden Sprecher/s/in mit Stimmrecht).

- Wahl des Beirats bzw. der AK-Sprecher

1975: Jeder Landesverband entsendet ein Mitglied, die übrigen Mitglieder werden von der Vertreterversammlung gewählt.

1977: Wahl durch Vertreterversammlung/Delegiertenversammlung

- Amtszeit/Wahlperiode des Beirats

1975: 4 Jahre

1980: 2 Jahre (fachpolitischer Ausschuss)

ab 1990: 3 Jahre

- Wahl des Beiratsvorsitzenden

1975 – 2006: Wahl durch Beiratsmitglieder

ab 1997: ist zusätzlich eine Bestätigung durch die Delegiertenversammlung erforderlich; der Gesamtrat kann sie vorläufig erteilen.

- Amtszeit des Beiratsvorsitzenden

bis 1995: keine Angaben in den Satzungen (aber in der Praxis: alle 3 Jahre)

ab 1996: alle 3 Jahre (Festlegung in Satzung)

- StellvertreterInnen des Beiratsvorsitzenden
1977–1989: Wahl eines Stellvertreters durch Beirat
1990–2006: Wahl von zwei Stellvertretern durch Beirat
- StellvertreterInnen der AK-Sprecher
Die Arbeitskreise bestimmen aus ihrer Mitte die Stellvertretung (ab 1997 in Satzung)
Vor 1997: AK-Sprecher beruft selbstständig die weiteren Mitglieder des Arbeitskreises.
ab 1997: ist eine Bestätigung durch die Delegiertenversammlung erforderlich; der Gesamtrat kann sie vorläufig erteilen.
- Mitglied im Gesamtrat
Der Wissenschaftliche Beirat ist seit Gründung des Gesamtrates im Jahre 1991 dort Mitglied
a) die Vertreterversammlung
b) der Vorstand
c) der Beirat
- Absatz 2
Der Vorstand soll zur Lösung bestimmter Aufgaben Arbeitskreise bilden.

§ 5 Vertreterversammlung

- Absatz 1
Der Vertreterversammlung gehören an:
b) die Mitglieder des Beirates
- Absatz 2
Aufgabe der Vertreterversammlung ist
b) Entgegennahme des Berichts des Beirats über das abgelaufene Geschäftsjahr und Beschlussfassung über Anträge des Beirats
i) Beschlussfassung über sonstige Angelegenheiten, die ihr vom Vorstand oder Beirat vorgelegt werden
... und ferner die Wahl der Vorstands- und Beiratsmitglieder (§ 6 und § 7)
- Absatz 4
Eine außerordentliche Vertreterversammlung ist einzuberufen, wenn es zwei Drittel der Mitglieder des Vorstandes oder des Beirats, ein Viertel der Mitglieder der Vertreterversammlung, 1000 Mitglieder des Bundes oder zwei Landesverbände schriftlich verlangen.

§ 6 Der Vorstand

- Absatz 3
Seine Mitglieder haben im Rahmen ihres jeweiligen Aufgabenbereiches die Beschlüsse der Vertreterversammlung und des Beirates zu vollziehen. Im übrigen gilt folgendes:
d) der Vorsitzende hat
4) die Tätigkeit der hauptamtlichen Mitarbeiter zu lenken, insbesondere im Einvernehmen mit dem Vorstand nach Anhörung des Beirats die Geschäfte zu verteilen.

§ 7 Beirat

- Absatz 1
Der Beirat besteht aus höchstens 30 Mitgliedern, die besondere Erfahrungen und Kenntnisse auf dem Gebiet des Natur- und Umweltschutzes besitzen sollen. Jeder Landesverband entsendet ein Mitglied, die übrigen Mitglieder werden von der Vertreterversammlung gewählt.
- Absatz 2
Der Beirat hat folgende Aufgaben und Befugnisse:
a) Beschlüsse und Vertreterversammlung vorzubereiten und ihre Durchführung zu überwachen
b) über wesentliche Aktionen des Bundes zu beschließen
c) denn Vorstand und die Arbeitskreise zu beratend) bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bundes als Schlichtungsstelle, nach erfolgter Schlichtung als Schiedsgericht zu dienen
e) der Vertreterversammlung über die Wirksamkeit der Arbeit des Bundes und seiner Organe zu berichten und ihr ggf. Verbesserungsvorschläge zur Beschlussfassung vorzulegen
f) der Vertreterversammlung zur Wahl in den Vorstand geeignete Personen vorzuschlagen
- Absatz 3
Der Beirat wählt aus seiner Mitte den Sprecher und gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 10 Wahlen

- Absatz 2
Die Amtszeit der gewählten Mitglieder des Vorstandes und des Beirats beträgt 4 Jahre.
- Absatz 3
Wenn ein gewähltes Mitglied des Vorstandes oder Beirats vorzeitig ausscheidet, kann der Beirat eine Ersatzwahl für

den Rest der Wahlzeit der übrigen Vorstands- bzw. Beiratsmitglieder vornehmen. Dieser bedarf der Genehmigung durch die nächste Vertreterversammlung.

2.2 Auszüge aus BUND-Satzungen mit Änderungen zum Beirat

Satzung von 1977

§ 5 Besondere Mitglieder

Der Vorstand hat das Recht, durch einstimmigen Beschluss und im Einvernehmen mit dem Beirat, Ehrenmitglieder zu ernennen.

§ 6 Organe

- Absatz 1

Organe des BUNDES sind:

- a) die Vertreterversammlung
- b) der Beirat
- c) der Vorstand

- Absatz 2

Der Vorstand kann im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Beirates Arbeitskreise bilden.

§ 7 Vertreterversammlung

- Absatz 1

Der Vertreterversammlung gehören an:

- b) die gewählten Mitglieder des Beirates.

- Absatz 2

Aufgabe der Vertreterversammlung ist:

- b) Entgegennahme des Berichts des Beirats über das abgelaufene Geschäftsjahr.
- k) Aufgabe der Vertreterversammlung ist die Wahl der Vorstands- und Beiratsmitglieder;

- Absatz 4

Eine außerordentliche Vertreterversammlung ist einzuberufen, wenn es zwei Drittel der Mitglieder des Vorstandes oder des Beirats, ein Viertel der Mitglieder der Vertreterversammlung, 1000 Mitglieder des Bundes oder zwei Landesverbände schriftlich verlangen.

§ 8 Vorstand

- Absatz 3

Der Vorstand hat im Rahmen seines Aufgabenbereiches die

Beschlüsse der Vertreterversammlung und des Beirats zu vollziehen.

a) 4. der Satzung von 1975 fällt weg (siehe dort unter § 6 Der Vorstand)

- Absatz 5

Der Vorsitzende des Beirates ist berechtigt, an allen Vorstandssitzungen teilzunehmen.

§ 9 Beirat

- Absatz 1

Der Beirat besteht aus

- a) höchstens 20 Mitgliedern, die besondere Erfahrungen und Kenntnisse auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes besitzen und Mitglieder des BUNDES sind. Sie werden von der Vertreterversammlung für vier Jahre gewählt.
- b) den Vorsitzenden der Landesverbände oder einem von diesen zu bestimmenden Vertretern.

- Absatz 2

Der Vorsitzende des BUNDES hat das Recht, an allen Sitzungen des Beirates teilzunehmen.

- Absatz 3

Dem Beirat obliegt es, bei der Verwirklichung der Aufgaben des Bundes unterstützend, beratend und überwachend mitzuwirken. Dem Beirat steht ein uneingeschränktes Auskunftsrecht zu. Er hat insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse:

- a) die Handlungsrichtlinien und Arbeitsprogramme zu entwickeln
- b) der Vertreterversammlung über die Wirksamkeit der Arbeit des BUNDES und seiner Organe zu berichten und ihr ggf. Verbesserungsvorschläge und Beschlussfassung vorzulegen
- c) den Informationsaustausch zwischen den Landesverbänden und dem Vorstand zu verstärken
- d) der Vertreterversammlung zur Wahl in den Vorstand und Beirat geeignete Personen vorzuschlagen,
- e) bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bundes als Schlichtungsstelle, nach erfolgter Schlichtung als Schiedsgericht zu dienen.

- Absatz 4

Der Beirat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter und gibt sich eine Geschäftsordnung.

Satzung von 1980

§ 4 Mitgliedschaft, Ehrenmitgliedschaft, Ehrenvorsitz

- Absatz 8

Die Wahl der Ehrenvorsitzenden obliegt der Delegiertenversammlung. Vorschlagsberechtigt sind die Organe des BUND, der Beiratsvorsitzende und die Landesverbände.

§ 6 Delegiertenversammlung

- Absatz 3

Aufgaben der Delegiertenversammlung sind:

f) Wahl der Mitglieder des Vorstands und des fachpolitischen Ausschusses des Beirats.

§ 7 Beirat

- Absatz 1

Der Beirat besteht aus einem fachpolitischen und einem verbandsorganisatorischen Ausschuss.

- Absatz 2

Die Ausschüsse haben folgende gemeinsame Aufgaben und Befugnisse:

a) die Durchführung der Beschlüsse der Delegiertenversammlung durch den Vorstand zu überwachen;

b) in Fällen besonderer Dringlichkeit über Aufgaben, die sonst der Delegiertenversammlung vorbehalten sind, zusammen mit dem Vorstand zu beschließen; solche Beschlüsse bedürfen der Genehmigung der nächsten Delegiertenversammlung;

c) der Delegiertenversammlung geeignete Personen zur Wahl in den Vorstand und den fachpolitischen Ausschuss des Beirats vorzuschlagen;

d) bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Verbands als Schlichtungsstelle zu dienen.

- Absatz 3

Der fachpolitische Ausschuss besteht aus höchstens 20 Mitgliedern, die besondere Erfahrungen und Kenntnisse auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes haben. Jedes Ausschussmitglied ist Sprecher eines Arbeitskreises, der sich jeweils mit einem bestimmten Teilgebiet des Umwelt- und Naturschutzes befasst. Jeder Arbeitskreissprecher beruft selbstständig die weiteren Mitglieder des Arbeitskreises. Die Themenbereiche der Arbeitskreise sind so zu wählen, dass diese insgesamt das ganze Spektrum des Umwelt- und

Naturschutzes abdecken. Die Arbeitssprecher werden im Auftrag des Vorstands tätig.

- Absatz 4

Die Mitglieder des fachpolitischen Ausschusses werden von der Delegiertenversammlung für zwei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Zur Abberufung eines Mitglieds des fachpolitischen Ausschusses während der Amtszeit ist eine Mehrheit von drei Vierteln der Ausschussmitglieder erforderlich.

- Absatz 5

Der fachpolitische Ausschuss hat folgende Aufgaben und Befugnisse:

a) Beschlüsse der Delegiertenversammlung gemäß § 6 Abs. 3 Buchstabe b vorzubereiten;

b) in eigener Verantwortung naturschutz- und umweltpolitische Programme zu entwickeln;

c) aktuelle naturschutz- und umweltpolitische Probleme aufzugreifen und dazu Stellung zu nehmen;

d) Delegiertenversammlung, Vorstand und Geschäftsführung wissenschaftlich zu beraten und naturschutz- und umweltpolitische Aktivitäten anzuregen;

e) die Mitglieder des Vorstands und den Bundesgeschäftsführer bei der Ausübung ihrer Tätigkeit gemäß § 2 Abs.3 zu beraten und bei Bedarf durch Teilnahme an Gesprächen mit Behörden, Institutionen, Vereinigungen und Einzelpersonlichkeiten zu unterstützen.

Ist ein Mitglied des fachpolitischen Ausschusses Angestellter des BUND, so stehen ihm die Befugnisse aus Buchstabe a) nicht zu.

- Absatz 6

Der verbandsorganisatorische Ausschuss besteht aus den Vorsitzenden der Landesverbände. Ist ein Vorsitzender verhindert oder Mitglied des BUND-Vorstands, so bestimmt er ein anderes Mitglied des Landesvorstands als Stellvertreter. Der verbandsorganisatorische Ausschuss hat folgende Aufgaben und Befugnisse:

a) An der Stärkung der inneren Struktur des BUND und seiner Untergliederungen, der Erhöhung der Mitgliederzahl, der Vermehrung der Einnahmen und einem einheitlichen Auftreten von Bund und Landesverbänden nach außen mitzuwirken;

b) Beschlüsse der Delegiertenversammlung gemäß Buchstabe a) vorzubereiten;

c) den Informationsaustausch zwischen den Landesverbänden untereinander sowie zwischen ihnen und dem BUND-Vorstand zu verstärken und deren Tätigkeit zu koordinieren;
d) über Beschwerden nach § 4 Abs. 8 zu entscheiden.

• Absatz 7

Der Beirat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter und gibt sich eine Geschäftsordnung. Der Vorsitzende des Beirats hat das Recht, an den Sitzungen des Vorstands teilzunehmen. Ihm steht ein uneingeschränktes Auskunftsrecht zu.

§ 8 Vorstand

• Absatz 7

Die Mitglieder des Vorstands und der Bundesgeschäftsführer haben das Recht an den Sitzungen des Beirats und seiner Ausschüsse teilzunehmen.

§ 10 Allgemeine Bestimmungen

Wer sich um die Wahl in den Vorstand oder Beirat bewirbt, hat dem Vorsitzenden des Beirats alle Tatsachen vorzutragen, die zu einem möglichen Konflikt mit den Interessen des BUND führen können. Der Vorsitzende des Beirats berichtet darüber dem Vorstand.

§ 11 Wahlen

• Absatz 3

Wenn ein gewähltes Mitglied des Vorstands oder Beirats vorzeitig ausscheidet, kann der Beirat eine Ersatzwahl für den Rest der Amtsperiode vornehmen.

Satzung von 1986

§ 6 Delegiertenversammlung

• Absatz 1

Der Delegiertenversammlung gehören an:
b) der Vorsitzende des Beirats und weitere vier vom Beirat zu wählende Arbeitskreissprecher.

§ 7 Beirat

• Absatz 3

Der fachpolitische Ausschuss besteht aus höchstens 25 Mitgliedern, ...

• Absatz 4

Die Mitglieder des fachpolitischen Ausschusses werden von der Delegiertenversammlung für zwei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Zur Abberufung eines Mitglieds des fachpolitischen Ausschusses während der Amtszeit ist eine Mehrheit von drei Vierteln der Ausschussmitglieder erforderlich.

Satzung von 1990

§ 5 Organe

• Absatz 1

Organe des BUND sind:

- a) die Delegiertenversammlung,
- b) der Vorstand,
- c) der Verbandsrat,
- d) der Wissenschaftliche Beirat

§ 6 Delegiertenversammlung

• Absatz 1

Der Delegiertenversammlung gehören an:
b) der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates und seine beiden Stellvertreter;

• Absatz 3

Aufgaben der Delegiertenversammlung sind:

- g) Einrichtung von höchstens 15 Arbeitskreisen; die Themen der Arbeitskreise sind so zu wählen, dass sie insgesamt das ganze Spektrum des Natur- und Umweltschutzes abdecken; der Wissenschaftliche Beirat soll hierzu Vorschläge unterbreiten;
- h) Wahl der Arbeitskreisleiter und ihrer Stellvertreter für die Dauer von drei Jahren; sie sollen besondere Erfahrungen und Kenntnisse auf dem Gebiet des Umweltschutz- und Naturschutzes haben;

• Absatz 6

Die Antragskommission überprüft die Einhaltung der Antragsfrist. Sie unterbreitet der Delegiertenversammlung einen Behandlungs- oder Abstimmungsvorschlag und schlägt die Reihenfolge der Behandlung vor. Der Antragskommission gehören je ein vom Vorstand, vom Verbandsrat und vom Wissenschaftlichen Beirat benanntes Mitglied dieser Gremien sowie der Bundesgeschäftsführer an. Eine Vertretung ist möglich.

§ 7 Vorstand

- Absatz 1

Der Vorstand besteht aus:

- e) dem Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirates

§ 10 Wissenschaftlicher Beirat

- Absatz 1

Den Wissenschaftlichen Beirat gehören an: die Leiter der Arbeitskreise, im Verhinderungsfall deren Stellvertreter. Sowie mit beratender Stimme: Ein von der Bundesjugendversammlung gewählter Vertreter der Jugendorganisation.

- Absatz 2

Die Leiter der Arbeitskreise berufen selbständig die weiteren Mitglieder, darunter je einen von der Bundesjugendleitung gewählten Vertreter der BUNDjugend.

- Absatz 3

Der Wissenschaftliche Beirat hat folgende Aufgaben und Befugnisse:

- a) fachliche Programme und Grundsatzaussagen zu natur- und umweltschutzpolitischen Themen zu entwickeln und in Abstimmung mit dem Vorstand zu veröffentlichen.
- b) aus eigener Initiative oder auf Wunsch von Vorstand oder Verbandsrat zu aktuellen Problemen Stellung zu nehmen;
- c) Aussagen des Verbands auf Wunsch eines Organs oder eines Arbeitskreises fachlich zu prüfen und zu koordinieren;
- d) Auf Wunsch als Schlichtungsstelle in Fachfragen zu dienen,
- e) Vorstand, Verbandsrat und Bundesgeschäftsführung fachlich zu beraten;
- f) Beschlüsse der Delegiertenversammlung in Fachfragen durch Anträge vorzubereiten;
- g) die von der Delegiertenversammlung für den Wissenschaftlichen Beirat und die Arbeitskreise bewilligten Mittel zu verteilen.

§ 11 Gemeinsame Aufgaben des Vorstands, des Verbandsrats und des Wissenschaftlichen Beirats

- Absatz 1

Vorstand, Verbandsrat und Wissenschaftlicher Beirat haben folgende gemeinsame Aufgaben:

- a) den Entwurf des Haushaltplans einschließlich des Stellenplans zu verabschieden; ist bei einzelnen Positionen kein Einvernehmen herzustellen, macht der Vorstand bei der Vorlage

des Entwurfs an die Delegiertenversammlung die abweichende Meinung kenntlich;

b) bei einer Überschreitung des Gesamthaushalts um 20% einen Nachtragshaushalt einvernehmlich zu beschließen.

c) Über bundesweite Kampagnen und Aktionen einvernehmlich zu beschließen.

d) Inhaltliche Einzelfragen von weitreichender Bedeutung, die sowohl Bundesverband wie Landesverbände betreffen, zu beraten und darüber zu beschließen.

e) Über Mitgliedschaften in anderen Organisationen einvernehmlich zu beschließen;

f) In Fällen besonderer Dringlichkeit über Aufgaben zu beschließen, die sonst der Delegiertenversammlung vorbehalten sind; solche Beschlüsse bedürfen der Genehmigung der nächsten Delegiertenversammlung.

- Absatz 2

Eine gemeinsame Tagung findet mindestens einmal jährlich statt. Der Vorsitzende des Vorstands lädt dazu ein und führt den Vorsitz. Der Wissenschaftliche Beirat wird durch seinen Vorsitzenden und beiden Stellvertreter vertreten. Eine Angelegenheit ist zu behandeln, wenn ein Organ dies mit Zweidrittelmehrheit beschließt

- Absatz 3

Abstimmung erfolgt im Falle des Abs. 2 Buchstabe f mit der einfachen Mehrheit aller, in allen übrigen Fällen getrennt nach Organen.

Satzung von 1991

§ 5 Organe

- Absatz 1

Organe des BUND sind:

- a) die Delegiertenversammlung;
- b) der Vorstand
- c) der Verbandsrat
- d) der Wissenschaftliche Beirat
- e) der Gesamtrat.

§ 6 Delegiertenversammlung

- Absatz 3

Aufgaben der Delegiertenversammlung sind:

- g) Einrichtung von höchstens 20 Arbeitskreisen; ...

§ 10 Wissenschaftlicher Beirat

- Absatz 2
Die Leiter oder Leiterinnen der Arbeitskreise berufen selbständig die weiteren Mitglieder. Die Vorstände der Landesverbände und die Bundesjugendleitung können je ein weiteres sachkundiges Mitglied in jeden Arbeitskreis entsenden.
- Absatz 3
Der Wissenschaftliche Beirat hat folgende Aufgaben und Befugnisse:
h) der Delegiertenversammlung geeignete Personen als Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats vorzuschlagen.

Es fällt weg (siehe auch Satzung von 1990):

- Absatz 3 f): „durch Anträge“
- Absatz 4: „Diese geben die Leitung ihrer Arbeitskreis an ihre Stellvertreter ab.“
- Absatz 5: komplett gestrichen

§ 11 Gemeinsame Aufgaben des Vorstands, des Verbandsrats und des Wissenschaftlichen Beirats

- Absatz 1
Vorstand, Verbandsrat und Wissenschaftlicher Beirat haben folgende gemeinsame Aufgaben:
Es fällt weg (siehe auch Satzung von 1990): b) und f)
- Absatz 2
Das Einvernehmen ist herzustellen, wenn Vorstand, Verbandsrat und Wissenschaftlicher Beirat in getrennten Abstimmungen zugestimmt haben.

§ 12 Gesamtrat

In Fällen besonderer Dringlichkeit beschließt die gemeinsame Tagung (§ 11 Abs. 3) über Aufgaben, die sonst der Delegiertenversammlung vorbehalten sind, als Gesamtrat mit der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Zu diesen Fällen gehört der Beschluss über einen Nachtragshaushalt bei Überschreitung des Gesamthaushalts um 10%. Solche Beschlüsse bedürfen der Genehmigung der nächsten Delegiertenversammlung.

§ 15 Allgemeine Bestimmungen

- Absatz 2
Angestellte des Bundesverbands können nicht Mitglieder von Vorstand, Verbandsrat oder Wissenschaftlichem Beirat sein.

Satzung von 1996

§ 10 Wissenschaftlicher Beirat

- Absatz 1
Dem Wissenschaftlichen Beirat gehören an:
... Der Vertreter bzw. die Vertreterin der Jugendorganisation sind durch die Bundesdelegiertenversammlung zu bestätigen.
- Absatz 4
Der Wissenschaftliche Beirat wählt jeweils für die Dauer von drei Jahren aus seiner Mitte den oder die Vorsitzende/n und zwei Stellvertreter oder Stellvertreterinnen.

§ 11 Gemeinsame Aufgaben des Vorstands, des Verbandsrats und des Wissenschaftlichen Beirats

- Absatz 3 entfällt

Satzung von 1997

§ 10 Wissenschaftlicher Beirat

- Absatz 1
Dem Wissenschaftlichen Beirat gehören an:
a) ein/e Vorsitzende/r
b) die Sprecher oder Sprecherinnen der Arbeitskreise
c) ein Vertreter oder eine Vertreterin der Jugendorganisation, der oder die von der Bundesjugendleitung entsandt wird und beratend:
d) die stellvertretenden Sprecher und Sprecherinnen der Arbeitskreise (im Verhinderungsfall der/s entsprechenden Sprecher/s/in mit Stimmrecht)
Die Delegiertenversammlung wählt die Mitglieder nach Punkt b) jeweils für die Dauer von drei Jahren und bestätigt die Mitglieder nach Punkt a), c) und d). Die Bestätigung kann durch den Gesamtrat vorläufig erteilt werden.
- Absatz 2
a) Die Vorstände der Landesverbände und die BUNDjugend können je ein Mitglied in jeden Arbeitskreis entsenden.
b) Die SprecherInnen der Arbeitskreise berufen selbständig oder auf Vorschlag der AK-Mitglieder die weiteren Mitglieder der Arbeitskreise und gründen ggf. Unterarbeitsgruppen.
c) Wahl- und Stimmrecht haben nur Verbandsmitglieder.
d) Die Arbeitskreise bestimmen aus ihrer Mitte die Stellvertretung gem. Absatz 1 Ziff. d).

- Absatz 4

Der Wissenschaftliche Beirat wählt jeweils für die Dauer von drei Jahren den oder die Vorsitzende/n und aus seiner Mitte zwei Stellvertreter oder Stellvertreterinnen.

Der/die Vorsitzende enthält bis zur Bestätigung durch die Delegiertenversammlung bzw. bis zur vorläufigen Bestätigung durch den Gesamtrat volles Stimmrecht im Bundesvorstand.

- Absatz 5

Der/die Vorsitzende und seine/ihre Stellvertreter/innen haben folgende Aufgaben:

- a) den Wissenschaftlichen Beirat im Bundesvorstand zu vertreten (nur der/die Vorsitzende mit Stimmrecht; im Verhinderungsfall wird er/sie durch die Stellvertretung vertreten);
- b) zu den Sitzungen des Wissenschaftlichen Beirats einzuladen und die Sitzungen zu leiten;
- c) die Arbeit der Arbeitskreise zu koordinieren;
- d) die fachliche Klärung von arbeitskreisübergreifenden Fragen voranzutreiben;
- e) die Verwendung der von der Delegiertenversammlung für den Wissenschaftlichen Beirat und die Arbeitskreise bewilligten Mittel zu überwachen.

3. Unterlagen des BUND für die Dokumentation des wissenschaftlichen Beirats 1975 – 2006 im Bundesarchiv, Koblenz

Alle BUND-Unterlagen sind im Bundesarchiv unter der Nr. B 342 abgelegt. Weitere Untergliederungen sind nach Band-Nummern geordnet.

Beirat		Arbeitskreise	
Band 3–10	1975–1990	Band	
		166	AK allgemein 1980
		167–169	AK allgemein 1981
Fakten		170	AK allgemein 1986–1987
Band 46–47	1983– 987	170–172	Altlasten 1986–1990
		173–186	Abfall 1982–1990
		187–199	Naturschutz 1986–1990
Delegiertenversammlung		200–208	Bio/Gentechnologie 1986–1991
Band 2, 18–41	1977–1989	209	Denkmalschutz 1986–1990
		210–226	Energie 1982–1990
		227–228	Freizeit/Sport/Tourismus 1982–1990
Positionen		229–230	Finanzpolitik und öffentliche Haushalte 1988–1990
Band			
110 Positionen	1987	231–236	Gesundheit 1983–1990
111 Positionen	1985–1987	237–244	Immissionsschutz 1989–1990
112 Positionen	1987	245–248	Internationales 1979–1989
		249–253	Landwirtschaft 1982–1990
		254–258	Meer und Küste 1987–1990
		259–262	Rechtsfragen 1982–1990
		263–267	Städtebau und Raumordnung 1982–1990
		268–285	Umweltchemikalien 1983–1990
		286–288	Umwelterziehung & Medien 1982–1990
		289–293	Verkehr 1982–1990
		294–306	Wald 1982–1991
		307–311	Wasser 1982–1990
		312	Wirtschaft & Finanzen 1982–1987
		970	Wirtschaft 1989–1992
		971–995	Landwirtschaft 1990–1999
		996–1008	Wald 1991–1998
		1009–1011	Landwirtschaft 1993–1995
		1012	Landwirtschaft/Wald 1993–1999
		1013–1014	Internationaler Umweltschutz 1995–1997

4. Die Arbeitskreise

4.1 Arbeitskreis Abfall

Beispiele für eingesetzte Arbeitsgruppen

AG Nachhaltige Stoffstromwirtschaft, AG Zukunftsfähiges Abfallwirtschaftskonzept (aus Arbeitsbericht für 1997)

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1981

- Strategiekonzept Hausmüllverminderung

1982

- Erarbeitung einer Stellungnahme zur Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes
- Erarbeitung eines abfallwirtschaftlichen Grundsatzprogrammes

1983

- Abfallwirtschaftliches Programm
- Recycling/Müllbeseitigung
- Müllverbrennung
- Neue Modelle für umweltschonende Abfallwirtschaft
- Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes
- Abfallbeförderungsverordnung

1984

- BUND-Grundsatzprogramm Abfall
- Pfand statt Dosenrückgabeautomaten
- Recycling

1985

- Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes
- Konzept für umweltverträgliche Abfallwirtschaft
- Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes
- Abfallwirtschaftl. Grundsatzprogramm des BUND
- Einweg-Mehrweg
- Mülltrennung
- Hausmüll-Recycling

1986

- Abfallgesetzgebung
- Müllvermeidungstag
- Pyrolyse/Hafenschlick

1987

- Sondermüll
- TA Abfall
- Müllvermeidung
- FCKW-Recycling

1989

- „Flaschenpost-Aktion“ gegen Wegwerfflaschen aus Plastik
- Dioxine in Milchkartons
- Aktion „Müllklagemauer“
- Müllverbrennung
- Klärschlamm und Pyrolyse
- Veröffentlichungen:
 - „Die Invasion der Plastikflaschen“,
 - „PET-Mehrweg“,
 - „Kunststoff- und Verbundverpackungen“,
 - „Milch macht Müll in Mengen“

1992/1993

- BUND-Deponieleitfaden erarbeitet
- TA Siedlungsabfall
- Neues Abfallgesetz

1995

- Dematerialisation von Produktion und Konsumtion (Abfallvermeidung, Schadstoffentfrachtung, Ökobilanzen, Abfallwirtschaftskonzepte)
- Position zum Kreislaufwirtschaftsgesetz
- Stoffstrommanagement und Stoffkreisläufe
- BUND-Position 28 „Müllverbrennung: Gefahren und Risiken“ herausgegeben
- Mechanisch-biologische Restmüllbehandlung (MBA)

1997

- Restabfallbehandlung
- Novellierung der Verpackungsverordnung

2001–2004

- Zukunft der Abfallwirtschaft
- Individuelle Abfallgebühren-Abrechnung (2001)
- Getrennte Sammlung
- Ablagerungsverordnung
- TA Siedlungsabfall (2001)

- Müllverbrennung
- Mechanisch-biologische Restmüllbehandlung (MBA)
- Trockenstabilat
- Thermoselect
- Verpackungsverordnung
- Pfand auf Einwegverpackungen
- Elektro- und Elektronikschrottverordnung (2003, 2004)
- Klärschlamm (ab 2002)

2005

- Abfall und Kyoto
- Zukunft der getrennten Sammlung

2006

- Stellungnahme zur weiteren Novellierung der Verpackungsverordnung
- Mitarbeit bei Positionspapier zu nachwachsenden Rohstoffen
- Überarbeitung des Positionspapiers zur Müllverbrennung

4.2 Arbeitskreis Bio- und Gentechnologie

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1987

- BUND-Position Nr. 16 „Gentechnologie – Gedeih oder Verderb“ erarbeitet
- Unterstützung der Gründung des Gen-ethischen Netzwerkes in Berlin

1989/90

- Gentechnikgesetz und Verordnungsentwürfe

1991

- BUND-Position Nr. 16 „Gentechnologie – Gedeih oder Verderb“ völlig überarbeitet
- BUND-Argumente-Faltblatt „Gentechnologie in Medizin und Pharmazie“ erstellt
- Patentierung gentechnisch veränderter Lebewesen

1992

- „Novel-Food“ – Forderung nach Kennzeichnung gentechnisch erzeugter Lebensmittel

- Patentierung und Gentechnikgesetz
- engere Verknüpfung auf europäischer Ebene
- BUNDFakten „Gentechnik und Lebensmittel“ wurde erstellt

1993

- Deregulierung des Gentechnikgesetzes
- BUNDargumente „Tomaten aus dem Designer Studio“ erstellt
- Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Lebensmittel

1994

- Initiierung der Aktion „Unsere Umwelt ohne Gen-Food“
- Gestaltung einer umfangreichen BUND-Mappe als Handreichung für Gruppen und Aktivitäten vor Ort

1996/1997/1998

- Kampagne „Soja-So nein“ in Kooperation mit Greenpeace und Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (1996)
- Gentechnik und Kennzeichnung - Novel-Food-Verordnung der EU
- Aktualisierung BUND-Position „Bio- und Gentechnologie“
- BUND-Aktion „Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen“ (1998)
- Patentierungsrechte der EU

1999/2000

- Internationale Regelungen zur Gentechnologie – Protokoll zur biologischen Sicherheit
- Internationale BUND/FoEE-Konferenz in Brüssel
- Projekt „Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen“
- Projekt „Positivkennzeichnung“
- EU-Gentechnikrecht – Freisetzungsrichtlinie 2001/18

2003/2004

- Novelle des deutschen Gentechnikgesetzes
- BUND-Aktion „Faire Nachbarschaft – Gentechnikfreie Regionen“
- Keine Gentechnik auf Kirchenland/Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen
- EU-weite Regelungen zur Gentechnik – Verordnungen über gentechnisch erzeugte Lebens- und Futtermittel
- Pro-Gentechnik-Aktivitäten durch Industrie und Wirtschaftsverbände (2004)

2005

- Novelle des Gentechnikgesetzes
- Verordnung zum Gentechnikgesetz (z.B. zum Monitoring – Beobachtung von gentechnisch veränderten Organismen nach Marktzulassung)
- Umsetzung der Schutzklausel für ökologisch sensible Gebiete
- Verfolgen der Richtlinien auf EU-Ebene (Saatgutrichtlinie u. a.)
- Fortführung der Aktion „Gentechnikfreie Regionen“

2006

- Erneute Novellierung des Gentechnikgesetzes (Ziel: Erleichterung des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen)
- Anbau von insektenresistentem GV-Mais (Bt-Mais)
- Freisetzungen von gentechnisch veränderten Organismen
- Regelungen zur „Koexistenz“ von GVO-Anbau und herkömmlicher Landwirtschaft

4.3 Arbeitskreis Bodenschutz und Altlasten

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1986

- Altlastenerfassung
- Verfassungsrechtliche Fragen der Finanzierung von Altlastensanierungen
- Definition Altlasten

1987

- Erstellung einer Karte der Rüstungsaltposten
- Erarbeitung eines Altlasten-Bewertungskatalogs
- Aufdeckung der Problematik von Rüstungsaltposten

1989

- Verbreitung des Wissens über Rüstungsaltposten
- Einbringung von BUND-Vorstellungen zur Sanierung von Altlasten und zur Vermeidung künftiger Altlasten
- Thematisierung der bewohnten ehemaligen Sondermülldeponie von Bayer in Leverkusen-Wiesdorf

1991/92

- Erarbeitung einer BUND-Position „Altlasten“

- Handlungskatalog Rüstungsaltposten
- Fragen der Grenzwertsetzung für kontaminierte Böden
- Dioxinbelastung von Böden

1993

- Veröffentlichung der BUND-Position „Altlasten“
- Bundesbodenschutzgesetz
- Rüstungsaltposten

1994/95

- Strategie-Seminar zur Altlastensanierung für europäische Umweltverbände
- Bundesbodenschutzgesetz
- Fragen der Grenzwertsetzung für kontaminierte Böden

1995–1999

- Ratgeber zur Vermeidung von Altlastenrisiken für Häuserkäufer („Augen auf beim Grundstückskauf – Risiko Eigentum“) erstellt (1996,1997)
- Bundesbodenschutzgesetz
- Beispielhaftes Vorgehen bei der Altlastensanierung in der kommunalen Umweltverwaltung
- Umfrage unter 25 deutschen Großstädten nach Grundwassersanierung durch Private (1997)
- Rüstungsaltpost MUNA Espelkamp
- Kritische Begleitung bei Schaffung von Landesbodenschutzgesetzen

2000–2002

- Flächenverbrauch
- Weiterentwicklung und Vollzug des Bodenschutzrechtes
- Überprüfung des Umweltinformationsgesetzes durch diverse Anfragen
- Engagement bei Rüstungsaltposten
- Klärschlamm (2002)

2003–2006

- Mitarbeit bei BUND-Position zum Klärschlamm (zusammen mit AK Landwirtschaft, AK Wasser, AK Abfall)
- Brachflächenrecycling und Flächenmanagement
- Überarbeitung der Broschüre „Risiko Eigentum–Augen auf beim Häuserkauf“
- Wasserrahmenrichtlinie und Bodenschutz

- Bewohnte Altlasten
- Rüstungsaltposten
- Sanierungsanforderungen
- Mitarbeit beim BUND-Positionspapier „Grundwasser“
- EU-Bodenschutzstrategie
- Öffentlichkeitsarbeit für mehr Bodenbewusstsein (z. B. Internetprojekt)

4.4 Arbeitskreis Energie und mittlere Technologie

Beispiele für eingesetzte Unter-Arbeitsgruppen

AG Atomenergie, AG Energiesparingenieure, AG Energiestrukturen, AG Internationales, AG Klimaschutz, AG Neue Bundesländer, 10 Jahre Tschernobyl, AG Bauen/Wohnen, AG Windenergie (aus Jahresbericht für 1996/1997)

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1980

- Stellungnahme zu aktuellen Fragen der Kohle-Energiepolitik
- Beschäftigung mit Flensburger Energiekonzept, alternativem Energiekonzept für die Stadt Tübingen, Energiekonzept der Stadt Schaffhausen

1981

- Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung
- Ökologische Auswirkungen der verschiedenen Energieträger
- Kraftwerksplanungen
- Energiesparmöglichkeiten
- Atomenergie
- Veröffentlichung: BUND-Positionspapier „Energie“

1982

- Ausstellung in Freiburg
- Kooperation mit Stiftungen
- Konzept zu umweltfreundlichen Technologien

1983

- Energiepolitik der neuen Bundesregierung (Ende des Energieprogramms, Beschleunigung atomrechtlicher Genehmigungsverfahren, Schneller Brüter),
- Konzept für die Tätigkeit des BUND auf lokaler und überre-

gionaler Ebene für die Durchsetzung von Energiespar- und Solartechnologie

1984

- Symposium „Energie und Umwelt“

1985

- Stellungnahme zum Thema Kernkraftbürgschaft
- Herausgabe der BUND-Position 13 „Forderungen des BUND an eine Neugestaltung des Energiewirtschaftsgesetzes“

1986

- Stellungnahme zur Warnung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft vor einer drohenden Klimakatastrophe

1987

- BUND-Sammlung von Einwendungen gegen die WAA
- Energie- und Stromsparen, Energierecht und Tarifstruktur

1988

- Atomkraft
- Energie und Krankheiten (Chemie, Strahlung)
- WAA-Faktenblatt
- Strahlenschutz
- Stromeinspeisung
- Neue Energietechniken: Verbrennungstechnik mit Abgasreinigungssystem
- Regenerative Energien

1989

- Pyrolyse
- BUND-Stellungnahme betreffend Neufassung des Bundesimmissionsschutzgesetzes im Bereich Abwärmenutzung
- Papier zur rationellen Energienutzung herausgegeben

1990

- Ökologische Energiepolitik DDR und BRD
- Biogas
- Gasversorgung
- Kooperationen Technik DDR/UdSSR/BRD
- Sofortmaßnahmen Umwelt und Energie zur Unterstützung der DDR
- Klimagefahr/Energie/Atmosphäre

1991

- Ökologische kommunale Energiepolitik in den neuen Bundesländern
- Globale nachhaltige Energiewirtschaft-Vorbereitung für UNCED 92-Schutz von Erdatmosphäre und Klima
- EG- Energiepolitik und Energiesteuer in Deutschland und in der EG

1992

- Alternative Weltenergiekonferenz Madrid 1992
- Uranbergbau-international und Altlast Wismut
- BUNDargumente Energiesparen zu Hause
- BUNDargumente Erneuerbare Energien
- BUNDargumente FCKW und andere Ozonkiller

1993

- Atom-/Energiekonsens-Gespräche
- Gegen die Atomgesetz-Neufassung der Bundesregierung
- Kritische BUND-Stellungnahme zur geplanten neuen Wärmeschutzverordnung für Gebäude, Energie und Arbeitsplätze
- Novelle des Atom-, Stromeinspeisungs- und Energiewirtschaftsgesetzes

1994

- Für ein besseres Energiewirtschaftsgesetz
- Energie und Arbeit – Weltsozialgipfel
- Erneuerbare Energien: Windenergie, Solarstrom
- BUNDkommentare „Kernpunkte zur Atomenergie Diskussion“

1995

- Energiewirtschaftsgesetz
- Öko-Regulierung der Energieunternehmen – die EU Ebene
- Atomenergie-Ausstieg

1996/1997/1998

- Energiewirtschaftsgesetz
- Stromeinspeisegesetz
- Braunkohleproblematik in den Neuen Bundesländern
- EU-Richtlinie für den Strombinnenmarkt
- Atomenergie-Ausstieg
- Energiesparverordnung
- Herausgabe der Position zur Windenergienutzung zusammen mit dem AK Naturschutz (1998)

2000

- Problem mitteldeutsche Braunkohle
- Atomenergie
- Mitarbeit bei BUND-Position Biomasse
- Rationelle Energienutzung

2001

- BUND-Position „Braunkohlenutzung“ herausgegeben
- Mitarbeit am Positionspapier zur Wasserkraft (2002 erschienen)
- Mitarbeit bei BUND-Position zur Offshore-Windkraft
- Brennstoffzellen
- Altholzverstromung
- Atomausstieg

2002/2003

- Positionspapier zu Altholz herausgegeben
- Energiepolitische Leitlinien des BUND
- Erneuerbare Energien und Naturschutz
- Irakkrieg und Öl
- Brennstoffzelle und Wasserstoff (Positionspapier)
- Energiesparendes Krankenhaus
- Kraft-Wärme-Kopplung
- Effizienzförderung (Negawatt-Projekt)

2004

- Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG
- Deutsche Energie-Agentur
- Grüner-Strom-Label e. V.
- EU-Richtlinie Energiedienstleistungen
- BUND-Positionspapier „Brennstoffzelle und Wasserstoff“ erarbeitet
- Markteinführungsprogramm Stromeffizienz

2005

- Energiewirtschaftsgesetz
- Kraft-Wärme-Kopplung
- Energieeffizienz-Kampagne

2006

- Stellungnahme zum Energiegipfel der Bundesregierung
- Grundsatzposition zu CO₂-Abscheidung und Lagerung verabschiedet

- Position zu Energie aus Biomasse erarbeitet (in Kooperation mit AK Naturschutz und AK Landwirtschaft)
- Position zu Energie aus Geothermie in Bearbeitung
- 380 kV-Hochspannungsleitungen für den Abtransport von Strom aus Off-shore-Windanlagen
- Energieeffizienz

4.5 Arbeitskreis Freizeit/Sport/Tourismus

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1984

- Naturbelastung durch Freizeit und Erholung
- Naturschutz und Wassersport (Segler)
- Forderung nach Überprüfung der Fremdenverkehrspolitik

1985

- Entwurf des Grundsatzpapiers des BUND zu Sport und Natur
- Entwurf eines Positionspapiers zum Verhältnis Sport und Naturschutz
- Teilnahme an einer Anhörung zum Thema Sport und Naturschutz im Bundestag
- Koordination eines Arbeitskreises im Forum II des Deutschen
- Umwelttages in Würzburg
- Mitarbeit an einem Naturführer „Kursbuch Natur“ für die Nordifel

1986

- Nationalpark-Projekt Hessen
- Veröffentlichung: Positionspapier zu Sport und Umwelt

1987

- Tourismus mit Einsicht
- Fremdenverkehr
- Alternatives Reisen

1988

- Freizeit- und Fremdenverkehrspolitik
- Freizeitgroßanlagen
- Internationaler Tourismus

1989

- Ferienparks
- Sanfter Tourismus

1991

- Gütesiegel für einen umwelt- und sozialverträglichen Tourismus

1992

- 2. Auflage der BUND-Argumente „Ski heil–Natur kaputt“ herausgegeben
- Erarbeitung der BUND-Argumente zu „Ferienzentren“

1995

- Flugverkehr

1996

- Klimakampagne Flugtourismus
- „Der umweltorientierte Reiseveranstalter“
- Vorbereitung DNR Kongreß „Leitbilder eines natur- und landschaftsverträglichen Sports“

1997

- Befragung und Bewertung der Umweltaktivitäten von Reiseveranstaltern
- Bewertung der vorhandenen Umweltauszeichnungen im Tourismus
- Computerprogramm „Energieverbrauch bei Urlaubsreisen“
- Feriengroßprojekt

1999

- BUND-Hitliste empfehlenswerter Reiseveranstalter
- Beschreibung und Bewertung der Umweltauszeichnungen im Tourismus
- Computerprogramm „Energieverbrauch bei Urlaubsreisen“
- Umweltverträgliches Kanuwandern
- Neuauflage der Bewertung von Reiseveranstaltern
- Messestand auf dem Reisepavillon in Hannover und auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin

2004

- Umweltdachmarke Viabono
- Flugverkehr und Tourismus

2005

- Umweltdachmarke Viabono
- Messestand auf dem Reisepavillon in Hannover

4.6 Arbeitskreis Gesundheit

Beispiel für eingesetzte Unter-Arbeitsgruppen

AG Ernährung, AG Umdenken, AG Umweltmedizin
(entnommen aus Jahresbericht 1992/93)

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1984

- Ernährungsberatung
- Zusammenstellung von Material gegen die Bestrahlung von Lebensmitteln
- Aktion „gesundes Kind“

1985

- Aktionen gegen die Bestrahlung von Lebensmitteln
- Vorlage des Infopapiers „Luftwegserkrankungen“
- Beschäftigung mit Futtermittelimporten

1986

- Gründung des AK Medizinische Ökologie
- Tschernobyl: Neue Ernährungshinweise
- Initiative zu medizinischem Umweltschutz im öffentlichen Gesundheitsdienst
- Kampagne gegen Lebensmittelzusatzstoffe
- Umweltmedizin

1987

- Großküchenberatung über ökologische Produkte und vollwertige Ernährung
- Initiative Gesundheitskasse e.V.
- Tagung „Umweltmedizin“

1988

- Mitwirkung an Anhörung zum Gesundheitsreformgesetz

1990

- Krankheiten durch Chemikalien

- Projekt „Umwelt und Kinder“

- Novellierung des Arzneimittelgesetzes
- Aktion „Schulfrühstück“

1991

- Gentechnik
- Bevölkerungswachstum
- Ganzheitliche ökologische Ernährung

1992/1993

- Ernährungsposition
- AIDS

1993

- Entwurf einer neuen Ernährungsposition
- Position „Gesundheit“
- AIDS
- Wasser-Lebensmittel Nr.1

1995

- Arbeit an der BUND-Position Gesundheit

1996

- BUND-Gesundheits-Position
- Hintergrundpapier zu Ernährung
- BUNDKommentar „Fleisch in Masse ohne Klasse – Massentierhaltung und menschliche Gesundheit“
- Amalgam

1997/1998

- Tagung „Regionales Gesundheitsnetzwerk zur ganzheitlichen Patientenversorgung“
- Praktische Vorschläge für einen „Nationalen Aktionsplan Umwelt und Gesundheit“
- Endokrin wirksame Stoffe

1999

- Novellierung der Trinkwasserverordnung
- Erarbeitung eines gesundheitsfördernden Rahmenkonzeptes auf Basis von Gesundheitsqualitäts- und Gesundheitshandlungszielen
- Aktive Mitarbeit an dem BUND-Projekt „Runder Tisch Textilien“

2000

- Novellierung der Trinkwasserverordnung
- BUND-Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Mineral- und Tafelwasserverordnung erarbeitet

2001

- Novellierung der TA Luft
- Lärm
- Pressemitteilung zum Thema Ruheschutz-Gesetz

2002

- Kindergesundheit

2004

- Mobilfunk
- Risiken der Agro-Gentechnik

4.7 Arbeitskreis Immissionsschutz

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1987

- Stellungnahme zur Novellierung der Verordnung über Kleinf Feuerungsanlagen
- Durchführung eines Wochenendseminars „Koordination von Genehmigungsverfahren“

1988

- Stellungnahme zur Novellierung des Gesetzes über Umweltstatistiken
- Stellungnahme zur TA Sonderabfall

1989

- Dritte Novelle des BImSchG
- Verkehrslärmschutzverordnung

1991

- Umfrage des BUND an die Landes-Umweltminister zum Thema „Abfall-Mitverbrennung“
- Stellungnahme zum Lärmschutz
- Umsetzungsdefizite bei dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

- Genehmigungspraxis für Ölraffinerien

1993

- Forderungen zur strikten Begrenzung des Dioxinausstoßes aus Sinteranlagen und anderen Industrieanlagen erhoben
- Musterantrag für kommunale Verkehrsbeschränkungen erstellt
- Erdölraffinerien ohne gesetzlich vorgeschriebene Rauchgasentschwefelung
- Durchführung eines Workshops über Luftqualitätsziele
- Stellungnahme zu Beurteilungsmaßstäben für kanzerogene Luftverunreinigungen
- BUND-Fakten „Über den Wolken-dicke Luft“ herausgegeben

1994/95

- Elektrosmog
- TA Lärm-Novelle
- Luftqualitätsrichtlinien der EU
- BImSchV
- Tiefkühlrecycling

1995/96

- Elektrosmog
- Initiative zur Novellierung der TA Luft
- Beschleunigungsgesetze/Deregulierung

1996/97

- Elektrosmog
- Große Anfrage zur Novellierung der TA Luft erarbeitet
- TA Lärm-Novelle kritisiert

1997/98

- BUND-Hintergrundpapier „Elektromagnetische Felder“

1998/99

- Elektrosmog
- Mitarbeit an der EU-Richtlinien zur Luftqualität

1999/2000

- Elektrosmog
- Mitarbeit an den EU-Richtlinien zur Luftqualität
- Novellierung der TA Luft

2000/01

- BUND-Positionspapier 36 „Elektrosmog“ erarbeitet
- Novellierung der TA Luft
- Mitarbeit an den EU-Richtlinien zur Luftqualität
- Gesetz zur Änderung des BImSchG

2001/02

- Elektrosmog
- Novellierung der TA Luft und weiterer Vorschriften des BImSchG
- Lärm

2002–2004

- BUND-Position 39 „Schutz vor Lärm und Schutz der Ruhe“ veröffentlicht (Anfang 2004)
- Elektrosmog
- Stellungnahmen zu Vorschriften des BImSchG
- Verordnung über Großfeuerungsanlagen
- EU-Arbeit
- Neue Technologien (besonders Nanotechnologie)

2005

- Tagung zum verantwortlichen und gerechten Umgang mit neuen Technologien
- Feinstäube
- Umsetzung Umgebungslärm-Richtlinie
- Novellierung BImSchV
- Elektrosmog

4.8 Arbeitskreis Internationaler Umweltschutz

Beispiele für eingesetzte Unter-Arbeitsgruppen

AG Internationaler Klimaschutz nach Kyoto, AG Corporate Accountability, AG Biodiversität (entnommen aus Arbeitsbericht 2006)

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1982

- Hauptaktivität ist, bei den Vereinten Nationen die BUND-Vorstellungen in die deutsche Delegation einfließen zu lassen

1984

- Gründung (mit anderen Organisationen zusammen) von Sektion in der BRD von PAN (International Pesticide Action Network)
- Pressekonferenz des BUND auf der Internationalen Umweltschutztagung in München

1985

- Beiträge von Mitgliedern des AK zum 4. Aktionsprogramm der EG bzw. des European Environmental Bureau (Themen: Landwirtschaft, Naturschutz, Luftverschmutzung)

1986

- Betreuung der Reise der europäischen Jugend-Waldaktion durch Medienarbeit
- Intensivierung von bilateralen Kontakten mit den Niederlanden und Schweden

1989/1990

- Seit 6. Oktober 1989 deutsches Mitglied von Friends of the Earth
- Auf Vorschlag des Arbeitskreises schloß sich der BUND an die Mailbox „GreenNet“ von Friends of the Earth an.
- Tropenwald

1991/1992

- Kampagne gegen die Ausfuhr von Froschschenkeln aus Bangladesch
- Regierungskonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio

1994/1995

- Sustainable Europe
- Nachfolgeveranstaltung der Rio-Konferenz
- Revision des Maastrichter Vertrages
- Leitfaden für die internationale Arbeit für Orts- und Kreisgruppen erarbeitet

1995/1996

- englische Broschüre zur ökologischen Steuerreform

1997/1998

- Revision des Maastrichter Vertrages
- Strukturfonds/Osterweiterung
- Konvention über Informationsrechte in Europa

2002

- Rio+10 in Johannesburg
- Ökologie und Globalisierung
- Weltsozialforum in Porto Alegre
- Umweltgerechtigkeit
- Europäische Erweiterung
- Europa-Fördergelder

2003

- Kongress „Umwelt in der Globalisierungsfalle“
- Bürgerrechte statt Konzerninteressen
- BUND in Cancún bei der Welthandelsorganisation
- Kampagne „EU Verkehr(t)–Keine neuen Straßen für Europa“
- Der BUND beim Weltsozialforum

2004

- Aktion bei Erneuerbaren Energien Konferenz „Renewables 2004“ in Bonn
- Aktion „GENug WTO – Hände weg von unserer Nahrung“
- Wasser für den Nahen Osten
- Transeuropäische Verkehrsnetze

2005

- Klimaschutz
- McPlanet.com–Konsum, Globalisierung, Umwelt
- Straßenaktion in Berlin zur Klimakonferenz in Montreal

2006

- Erarbeitung eines Hintergrundpapiers: „Klimaschutz nach 2012 – Für ein schlagkräftiges internationales Regime!“ und eines Diskussionspapiers: „Die Rolle von Waldprojekten in einem Klimaschutzregime nach 2012“
- Erarbeitung eines Briefing Papers: Darstellung von Themen, Aktivitäten und politischen Maßnahmen im Bereich Biodiversität auf den verschiedenen politischen Ebenen
- Erarbeitung eines Hintergrundpapiers (gemeinsam mit Projekt Nachhaltigkeitsstrategie des BUND): „Anreize schaffen, Verbindlichkeit herstellen–eine nationale Strategie für die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen“
- EU-Ratspräsidentschaft

4.9 Arbeitskreis Landwirtschaft

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1979

- Grundsatzprogramm zu Agrarpolitik

1980

- Landwirtschaftsentwicklung in der Flurbereinigung
- Aktion „Naturnaher Garten“

1981

- Sortenschutz- und Saatgutverkehrsgesetz
- BUND-Grundsatzpapier zu Agrarpolitik und Konzept zur Reform der EG-Agrarpolitik
- Stellungnahme zum Östrogen-Skandal
- Veröffentlichung: BUND-Info Nr. 10 „Der ökologische Land- und Gartenbau“

1982

- Positionspapier zur Landwirtschaft
- Grundsatzprogramm Agrarpolitik

1983

- Schädlingsbekämpfung
- Grundsätzliche Aussagen zum Verhältnis Landwirtschaft/Naturschutz

1984

- Umsetzung des agrarpolitischen Grundsatzprogramms
- Erarbeitung eines Positionspapiers „Flurbereinigung und Naturschutz“

1985

- Freisetzung landwirtschaftlicher Nutzflächen für Zwecke des Natur- und Umweltschutzes
- Grundlagen der Flurbereinigung
- Bioalkohol
- Veröffentlichung: Infodienst für Landwirtschaft: Entwicklung in Agrarpolitik, Pflanzenbehandlungsmittel ...

1986

- Flächenstilllegungsprogramme (Auswirkungen auf Flora und Fauna)

- Agrarpolitisches Grundsatzprogramm des BUND
- Novellierung des Flurbereinigungsgesetzes
- Tschernobyl und die Folgen für die Landwirtschaft
- Förderung der Existenzsicherung kleinerer und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe
- Veröffentlichung: Positionspapiere zu „Flurbereinigung“ und „Nachwachsende Rohstoffe“

1987

- Flächenstilllegungsprogramm
- BUND-Position Nr. 15 „Neue Wege in der Flurbereinigung“
- Faktenblatt „Flächenstilllegungen“
- Faktenblatt „Ökologischer Landbau“

1988

- Massentierhaltung und Darstellung von Alternativen
- Projekt „Neuland“
- Flächenstilllegung und Extensivierung
- Hilfestellungen bei Flurbereinigungsmaßnahmen

1989

- Flächenstilllegungsproblematik

1991

- BUND-Position „Bauernhof statt Agrarfabrik“
- Stand auf der GRÜNEN WOCHE
- Mitwirkung beim Deutschen Umwelttag
- BUNDposition „Landwirtschaft“
- BUNDargumente „Nachwachsende Rohstoffe“

1992

- Umsetzung des BUND-Agrarprogramms
- Umweltverträglichkeit verschiedener Betriebsgrößen

1993

- Aufweichung der Pestizidgrenzwerte in den europäischen Trinkwasser-Richtlinien
- Tagung „Landwirtschaft 2000–Die Zukunft gehört dem ökologischen Landbau“

1994/1995

- Hochwasser
- Babykostskandal

- Pestizide
- Trinkwasserrichtlinie
- Massentierhaltung und Bundesratsinitiative zur flächengebundenen Tierhaltung
- Rinderwachstumshormon rBST

1995

- Subventionspolitik der EU
- Aktion „Weniger Fleisch–Mehr Umwelt“
- Bundesratsinitiative „Umweltverträgliche Tierhaltung“
- Projekt Wasserschutz
- Wachstumshormone
- Massentierhaltung und Putenmast
- BSE-Skandal

1996

- Kampagne Massentierhaltung
- Gentechnik und Landwirtschaft
- Leitfaden ökologischer Landbau für Wasserversorger

1997

- Agenda 2000
- Antibiotikaverbot und Großanlagen

2003

- Reform der EU-Agrarpolitik
- Widerstand gegen den Einsatz der Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion
- Widerstand gegen den Fortbestand und den Neubau industrieller Tierhaltungssysteme

2004/2005

- Reform der 2. Säule der EU-Agrarpolitik
- Widerstand gegen Subventionsvergabe an Industrie am Beispiel Müller-Milch
- Widerstand gegen die Agro-Gentechnik
- Widerstand gegen die industrielle Tierhaltung

4.10 Arbeitskreis Meer und Küste

Beispiel für eingesetzte Unter-Arbeitsgruppen

AG Ostsee (bis heute seit vielen Jahren aktiv)

Tätigkeitsbeispiele/Aufgabenschwerpunkte

1986

- Teilnahme am Deutschen Umwelttag in Würzburg in Form einer Ausstellung
- Hafenschlick und Baggergutentsorgung
- Arbeit an BUND-Position „Nordsee“
- Konzeption einer BUND-Meerschutzzinitiative (MESI)
- Nordseetribunal

1989

- Nordseetribunal
- BUND-Meerschutzzinitiative
- Stellungnahmen zum Konzept für den Nationalpark im Hamburger Wattenmeer

1990

- Internationale Nordseeschutzkonferenz

1991

- Hafenplanungen
- Überarbeitung der BUND-Position „Die Nordsee–Lebendiges Meer oder Müllkippe Europas?“

1993

- Schifffahrt und Ostseeschutz

1994/1995

- Schiffssicherheit
- Forderungen zu einer nachhaltigen Fischwirtschaft
- Fangverbot von Wildlachsen in der Ostsee

1995/1996

- Fischerei
- Schiffssicherheit und Schiffsentsorgung

1997

- Rahmenplan zu einer Agenda 21 für die Ostsee

1998

- Schifffahrt und Schiffssicherheit
- verfahrenstechnische Standards für den Umgang mit ölhaltigen Rückständen im Schiffsbetrieb
- Einrichtung von Meeresschutzgebieten in Nord- und Ostsee

1999

- Planungen für eine Gasbohrplattform in der Nordsee

2000

- Sicherheit im Schiffsverkehr
- Container-Tiefseewasserhafen

2001

- Schiffssicherheit
- Offshore-Windkraft
- Tiefwasserhafen
- Nationalparkgesetz
- Hochgeschwindigkeitsschiffe

2002

- Offshore-Windkraft
- BUNDposition 32 „Windenergie“ plus Kapitel zum Ausbau der Windkraftnutzung offshore
- Sicherheit im Seeverkehr
- Hochgeschwindigkeitsschiffe
- Nordseeschutzkonferenz
- Bundesnaturschutzgesetz

2003

- Offshore-Windkraft
- Sicherheit im Seeverkehr
- Hochgeschwindigkeitsschiffe
- Internationale Konferenzen zum Schutz von Nord- und Ostsee in Bremen
- Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

2004

- Natura 2000 im Meer
- Offshore-Windkraft
- Sicherheit im Seeverkehr
- Hochgeschwindigkeitsschiffe
- Internationaler Ostseeschutz

2005

- Natura 2000 im Meer
- Offshore-Windkraft
- Sicherheit im Seeverkehr
- Wasserrahmenrichtlinie
- Internationaler Ostseeschutz

2006

- Internationale Nordseeschutzkonferenz
- 20 Jahre Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer
- Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im marinen Bereich vorgelegt
- Offshore-Windkraft
- Stellungnahme „Risiken der Kollision von Schiffen mit Windkraftanlagen“
- Umweltverträgliche Netzanbindung der Windkraftanlagen“
- Reduzierung von Schiffsimmissionen über den Einsatz hochwertigerer Treibstoffe
- Wasserrahmenlinie (WRRL)
- Überfischung der Ostsee
- Ostseefischerei
- Gas-Pipeline Russland-Deutschland durch die Ostsee
- Grünes Band Europa-Lückenschluss an der Ostsee

4.11 Arbeitskreis Naturschutz

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1981

- Aussprache zum Thema Graureiher
- Bejagung von Niederwild im Nationalpark Stifiser Joch

1982

- Arbeit an Grundsatzprogrammen zum Natur- und Artenschutz

1986/1987

- Stellungnahme zur Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes und der Bundesartenschutzverordnung
- Beratende Mitarbeit bei „Aktion Schmetterlinge“
- Erstellung eines Positionspapiers „Naturschutz“
- Ankaufprojekt Rhön einschließlich der Herdbuchzucht des Rhönschafes

1989

- BUND-Position „Naturschutzpolitik: eine gesellschaftspolitische Aufgabe mit Aktionsprogramm“

1990

- Entwicklung eines Arten- und Biotopschutzkonzeptes für den BUND

- Stellungnahme zur Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes
- Fauna-, Flora- und Habitatrichtlinie der EG-Kommission
- Vorbereitung einer Fischartenschutzkampagne des Europarates
- Rhönprojekt
- Fragebogenaktion „Naturschutzaktivitäten des BUND“ bei allen Orts- und Kreisgruppen

1991

- Arbeiten am Arten- und Biotopschutzprogramm des BUND
- Naturschutz in den neuen Ländern
- Frei werdende Militärfelder in Ost und West

1992

- Der erste Teil des Arten- und Biotopschutzprogramms „Allgemeine Aspekte eines Arten- und Biotopschutzprogramms“
- Deutsch-polnisches Seminar zum Thema „Naturschutz und Wald“

1994/1995

- Vorbereitung des Europäischen Naturschutzjahres 1995
- Überarbeitung der BUND-Position zum „Naturschutz“
- Naturschutzkampagne „Lebensraum Boden“
- Weiterentwicklung der Biodiversitätskonvention von Rio
- Windenergie: Auswirkung von Windkraftanlagen auf Flora und Fauna

1995

- Zielsetzungen des Europäischen Naturschutzjahres, Gesetzesentwicklung im Naturschutzbereich
- (NschGNovellierung, FFH-Richtlinie, Biodiversitätskonvention)

1996

- Kontakte mit der Naturschutzentwicklung in den einzelnen Ländern fördern

1997

- Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes und des Bayerischen Naturschutzgesetzes sowie die Umsetzung der europäischen FFH-Richtlinie

1999

- Seminar in der Akademie Bad Boll „Naturschutz, quo vadis?“
- Naturschutzkampagne „Wildnis in Deutschland“
- Novellierung Bundesnaturschutzgesetz
- Umsetzung der FFH-Richtlinien in „natura 2000“

2000

- Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes
- Weiterentwicklung der BUND-Wildniskampagne in Deutschland
- Schutz großräumiger, unzerschnittener Landschaften in den ostdeutschen Bundesländern
- Beweidungskonzepte in Naturschutzgebieten

2001/2002

- BUND-Position „Naturnahe Beweidungssysteme“ herausgegeben

2002/2003

- Nationalpark Vogelsang in der Eifel
- Umsetzung der FFH-Richtlinien
- DIN-Norm und Naturschutz
- Sicherung von ostdeutschen Naturschutzflächen

2004

- Novellierung des Bundesjagdgesetzes
- Bearbeitung des Bundeswaldgesetzes

2005

- Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt in Deutschland

4.12 Arbeitskreis Rechtsfragen

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1980

- Stellungnahme zu EG-Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei öffentlichen und privaten Vorhaben

1981

- Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes
- Verbandsklage

- Revision Landwirtschaftsklausel
- Rhein-Main-Donau-Verträge
- Baumschutz/Erhaltung von alten Baumbeständen

1982

- Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes
- Großfeuerungsanlagen-VO
- Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes

1983

- Klärung grundsätzlicher Rechtsfragen aus der Praxis der BUND-Mitglieder
- Erstellung eines Leitfadens zu juristischen Problemen der Äußerungen des BUND in Verfahren nach §29, BNatSchG und zur Arbeit in den Naturschutzbeiräten

1987

- Rechtspolitische Stellungnahmen zum Bundesimmissionsgesetz, zur UVP, zur Verfassungsänderung „Staatsziel Umweltschutz“
- Novellierung des Naturschutzrechts

1988

- Bundesnaturschutzgesetz

1989

- Diskussionsentwurf eines Gesetzes über die Haftung für Umweltschäden und zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes und des Bundesimmissionsschutzgesetzes
- Konzeption für einen Infodienst „Umweltrecht“
- Teilnahme an Symposium „Niedrigdosisstrahlung und Gesundheit“

1990

- Teilnahme an Anhörung zum Umwelt-Haftungsrecht

1991/1992

- Atomrecht
- Abfallrecht
- Immissionsschutzrecht/Energierichtsfragen
- Verkehrsrecht
- Umweltverträglichkeitsprüfung
- Gentechnikrecht

- Umweltstrafrecht
- Naturschutzrecht
- Verfassungsrecht
- Atomenergiesymposium
- Tagung zum Umweltgesetzbuch

1993/1994

- europäisches und internationales Umweltrecht

1994/1995

- Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung
- Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
- Umweltgesetzbuch/Besonderer Teil
- Bodenschutzgesetz

1996/1997

- Altautorücknahmeverordnung
- TA Lärm
- Entwurf des Bundes-Bodenschutzgesetzes

1998

- Aufhebung der Deregulierungsgesetze
- Mitarbeit am Abschluß der BUND-Positionen zu Selbstverpflichtungen und zu Mediation
- Stellungnahme zu den rechtlichen und politischen Möglichkeiten für den Ausstieg aus der Atomenergie (gemeinsam mit AK Energie)

1999

- Umweltgesetzbuch-Novelle
- Gesetzentwurf zur Änderung der Klagebefugnis im Verwaltungsrecht und Einführung eines Verbandsklagerechtes

2000

- Artikelgesetz
- Novelle zum Bundesnaturschutzgesetz

2001

- Atomrecht
- Artikelgesetz
- Bundesnaturschutzgesetz
- TA-Luft
- Europäische Themen (Umwelthaftung und Umweltstrafrecht)

2002

- Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes
- Fragen des Lärm- und Ruheschutzes
- Fragen des Rechtsschutzes für FFH-Gebiete
- Umwelthaftung im Europäischen Recht

2003

- Novellierung des Baugesetzbuches auf Grund der Planrichtlinien der EU
- Fragen des Verbandsklagerechtes
- Stellungnahme zum Ruheschutz-/Lärmschutzpapier

2004

- Aarhus Konvention
- Verbandsklage

2005

- Umsetzung der Aarhus-Konvention
- Begleitung der Klage gegen den Windkraftgroßanlage Butendiek
- Begleitung der Föderalismusdiskussion
- Fragen des Verbandsklagerechtes
- Stellungnahme zur Umwelthaftungsrichtlinie

2006

- Umsetzung der Aarhus-Konvention und der Öffentlichkeitsrichtlinie der EU in deutsches Recht
- Begleitung der Klage gegen die Windkraftgroßanlage Butendiek
- Begleitung der Föderalismusdiskussion zwischen Bund und Ländern
- Fragen des Verbandsklagerechtes
- Kampf gegen das Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz

4.13 Arbeitskreis Umweltbildung

Beispiele für eingesetzte Unter-Arbeitsgruppen

AG Umwelterziehung im Vorschulalter, AG Umwelterziehung in der Schule, AG Umweltmedien (entnommen aus Jahresbericht für 1993)

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1980

- Bundespressekonferenz über den BUND-Lehrerservice

1981

- Erstellung von Infoheften zu verschiedenen Natur- und Umweltthemen in Art der „Ökofibel“
- Aufbau einer Referentenkartei für BUND
- Aufbau einer Zentralbibliothek zu allen Themen aus den Bereichen der Natur- und Umweltschutzes

1982

- Umweltschutz im Unterricht: Materialien
- Lehrmittelanangebot im Bereich des Umweltschutzes auf der „Didakta 82“

1983

- Bedeutung der versch. Naturlehrgebiete für Unterricht, Umwelt- und Naturschutzerziehung

1984

- Reklamefeldzüge der Energiewirtschaft an bayerischen Schulen
- Standpunkt des BUND zum Umgang mit neuen Medien

1985

- Printmedien-eigene Pressearbeit BUND
- Zeitschrift Natur und Umwelt (N+U)
- Elektronische Medien

1986

- Stellungnahme des BUND zu den „Neuen Medien“
- Kooperationsprojekt mit Adolf-Grimme-Institut

1987

- Beteiligung an den Internationalen Tagen des ökologischen Filmes
- Herausgabe des Informationsdienstes für Umweltberater
- Erstellung des Medienpaketes Ökologie mit dem Adolf-Grimme-Institut

1988

- Kooperation mit dem ÖKOMEDIA-Institut
- ÖKO-Forum für Journalisten

1989

- BUND-Leitlinien zur Umwelterziehung vorgestellt
- Zweites Umwelterziehungsforum veranstaltet
- Fernlehrgang für Umweltberater mitentwickelt
- Beteiligung an den ÖKOMEDIA-Filmtagen
- Globus-Medienprojekt

1991

- Fachforum für UmweltberaterInnen veranstaltet
- Umwelterzieherforum über interdisziplinäre ökologische Aus- und Fortbildung veranstaltet
- BUND-Projekt „Umwelterziehung im Vorschulalter“
- Kooperation mit dem ÖKOMEDIA-Institut

1993

- Umwelterziehung im Vorschulalter
- Erarbeitung eines Handbuchs „Wege zum ökologischen Kindergarten“
- Umwelterziehung an Schulen
- Wege zur Niedrigenergieschule

1994

- Umwelterziehung im Vorschulalter
- Kinder-ÖKO und Forum Umwelterziehung im Vorschulalter
- Aktion „Erlebnis Klassenfahrt“
- Aktion „Klimaschutz macht Schule“
- Umweltbildung für Erwachsene
- Fachtagung über „Die Erde heilen oder die Umwelt schützen? Öko-Esoterik und Umweltpolitik“ veranstaltet

1997/1998

- „Umweltberatung aktuell“ mit Agenda 21-Service
- BUND-Journalistenforum 98
- Umwelterziehung über Internet

2001/2002

- Arbeit an der Erstellung eines Positionspapiers und an Forderungen zum Themenkreis Umweltbildung

2003

- Position zum Thema Umweltbildung

2004

- Themenschwerpunkt Landwirtschaft
- Themenschwerpunkt Hochschulen
- Bundesweite Umweltbildungskarte mit BUND-Einrichtungen

2005

- UN Dekade – Bildung für Nachhaltige Entwicklung
- BUND-Positionspapier Umweltbildung

4.14 Arbeitskreis Umweltchemikalien/Toxikologie

Beispiele für eingesetzte Unter-Arbeitsgruppen

AG Kanzerogenese, AG Enquete-Kommission, AG Textilien, AG Chlorchemie, AG Internationale Chemiepolitik (entnommen aus Jahresbericht für 1996/97)

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1980

- Auswirkungen von Unfällen in chemischen Produktionsanlagen auf die Gewässer
- Störfallverordnung
- Fragebogen für die Erstellung schwarzer Produktlisten
- PCB-Projekt
- Fremdstoffe im Fleisch

1981

- Kennzeichnung ökotoxischer Stoffe
- Cadmium-Anhörung
- FCKW
- Weitere Vorbereitung der PCB-Kampagne
- Errichtung einer Pyrolyseanlage in Wagenfeld
- Veröffentlichung: Broschüre „Chemikalien-Umwelt“
- Mainverschmutzung durch Hoechst
- Medikamentenrückstände in Fleisch
- Schwermetall-Problem
- Perchlorethylen in Eiern
- Tierexperimente mit Muttermilch
- Chemische Aufwuchsbekämpfung an Gleisanlagen

1982

- Projekte zum Thema „Chemie in Gebrauchsgegenständen“
- PCB-Broschüre
- Nitrat-Kongress
- TA-Luft
- Pflanzenschutzgesetz

1983

- Pflanzenbehandlungsmittelgesetz: Neubearbeitung
- Aktionen zum Thema Schwermetalle (und Infoschrift dazu)

1984

- Pestizide und Umweltchemikalien in Lebensmitteln – Lücken beim Verbraucherschutz
- Projekt Haushaltschemikalien
- Projekt Schwermetalle
- BUND-Position Nr. 10 zur Chemiepolitik
- Toxikologische Grundsatzfragen und Gesetzgebung
- Formaldehyd

1985

- Neuauflage der BUND-Position 6 „Chemikalien in Nahrungsmitteln“
- Chlorkohlenwasserstoffe in Altöl
- Konzept für Projekt „Chemie am Arbeitsplatz“

1986

- PVC-Projekt
- Ozon und FCKW-Problem
- Chemiepolitik und Störfallproblematik
- Buch „Chemie am Arbeitsplatz“ (gemeinsam mit Öko-Institut und Katalyse)

1987

- Umweltbelastungen durch Kunststoffverpackungen
- Erarbeitung eines kompletten Chemiepolitik-Programms
- Neuauflage von „Chemikalien in Nahrungsmitteln“ (BUND-Position Nr. 6)
- Unterstützung der beginnenden Pestizid Kampagne
- Problematik der Übertragung kanzerogener Effekte im Tierversuch

1988

- Entwurf eines Chemiebeiratsgesetzes
- Abfallfabrik: Übertragung von Prinzipien der chemischen Produktion auf Abfallbeseitigung
- Forderungen zur Vermeidung und Entsorgung von gefährlichen Sonderabfällen
- Beginnende Pestizid-Kampagne
- PVC
- Chemediskussion in Europa

1989

- Demokratisierung der Chemiepolitik
- Novellierung des Chemikaliengesetzes

1990

- BUND-Faktenblatt „Pestizide in Innenräumen“
- Chemikaliengesetz

1991

- Chlorchemie
- Entwicklung der Chemieindustrie in den neuen Ländern
- BUND-Position „Chemikalien in Lebensmitteln (3. Auflage)“
- Innenraumluft
- Biozide
- Dioxin

1993

- Chlorchemie
- Chemie-Enquete-Kommission
- Chemikalien in Lebensmitteln
- Flammenschutzmittel
- Position zur Innenraumluft erarbeitet

1994/1995

- Seminar „10 Jahre Chemiepolitik – quo vadis?“
- Erarbeitung einer Argumentationshilfe für die BUND-Gruppe zu PVC
- Umweltzeichen und internationale Arbeit
- Arbeit im DIN-Ausschuss
- Toxikologische Fragestellungen

1995/1996

- Niedersächsische Kommission „Zukunft der Kunststoffindustrie“
- PVC-Hintergrundpapier
- Verzicht auf PVC-Krankenversicherungskarten
- Flammenschutzmittel
- Textilien

1996/1997

- PVC Musterantrag
- Hormonähnlich wirkende Umweltchemikalien und Arzneimitteln
- Internationale Chemiepolitik
- BUND-Broschüre „PVC-Kunststoff mit eingebautem Risiko“
- Stellungnahme zur Altauto-Verordnung

1997/1998

- Nachhaltige Kunststoffe
- Runder Tisch Textilien
- PET-Mehrwegflasche
- Überarbeitung des Strategiepapiers zur Chlorchemie
- Pharmaka und Umwelt
- Endokrin wirkende Umweltchemikalien

1998/1999

- Nachhaltige Kunststoffe
- Umsetzung der Enquete-Beschlüsse zur Chemiepolitik
- Pestizidpolitik
- Runder Tisch Textilien
- BUND-Position Bekleidungstextilien

2000

- Nachhaltige Kunststoffe
- Pestizidpolitik

2001/2002

- EU-Weißbuch zur Chemikalienpolitik

2003–2005

- EU-Chemikaliengesetzgebung (REACH)

4.15 Arbeitskreis Umweltethik und Frieden

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1982

- Arbeit an Positionspapier „Umweltethik und Frieden“

1986

- Zusammenarbeit mit Frauengruppen, die sich mit dem Thema „Umweltethik und Frieden“ beschäftigen
- Vorbereitung für einen Stand am evangelischen Kirchentag in Frankfurt

1987

- WAA-Stand auf dem evang. Kirchentag in Frankfurt
- Kontakte mit evangelischen und katholischen Umweltbeauftragten

1988

- Vorbereitung eines Standes zum Thema „Kirche und Naturschutz“ in Berlin
- Seminar „Krieg in Frieden, Militär und Umwelt“

1990

- Erstellung der Fotoausstellung „Kirche und Naturschutz“
- Seminar „Kirche und Ökologiebewegung–Gegeneinander, nebeneinander, miteinander?“

1991

- Golfkrieg
- Ausländer- und Asylfrage
- Seminar „Wieviel Zimmer hat die Erde?“
- Seminar „Umweltethik–nein danke?“

1994

- Referate und Rundfunkbeiträge zum Themenkreis Umweltethik

1995

- Symposium „Wieviel Wohlstand braucht der Mensch? Visionen einer neuen ökologischen Ethik und Beispiele für zukunftsgerichtetes Handeln“
- Zukunftsfähiges Deutschland

1996

- BUND/Misereor-Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

1999

- Agenda 21 Kooperation mit kirchlichen Gruppen
- Seminar „Kann denn Mode Sünde sein? Konsum, Produktion und Verwertung von Kleidern“

2000

- Mitveranstalter der Tagung „Standort Eine Welt. Die Rolle der Religionen angesichts globalisierter Zerstörung“

2003

- Workshop „Freiheit, Zukunft, internationale Gerechtigkeit“

2005

- Tagung „Normative und tatsächliche Unsicherheiten in der Umweltpolitik“

2006

- Vorbereitung der Tagungen „WTO und Umweltschutz“ und „Grundsatzfragen der Gentechnik“

4.16 Arbeitskreis Verkehr

Beispiel für eingesetzte Unter-Arbeitsgruppen

AG Fernstraßenbau (entnommen aus Jahresbericht 1997)

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1980

- Kleintierschutz im Straßenbau
- Bundesverkehrswegeplan

1981

- Verkehrspolitik–Grundsätze des BUND (für die 80er Jahre)
- Tempolimit
- Deutsche Bundesbahn

1982

- Verkehrspolitische Grundsätze des BUND
- Sonderaktionen zur Rettung der Bahn

1983

- Erkennbarkeit von Fahrrädern in Dunkelheit (Gesetzesänderung)
- Mögliche Zusammenarbeit zwischen BUND und DB
- Forderung aufgestellt: „Neuorientierung in Verkehrspolitik erforderlich: Vorrang Schiene vor Straße, Bundesbahn statt Straßenbau“
- Ziele und Forderungen für Fernverkehr

1984

- Bundesverkehrswegeplan

1985

- Bundesbahn: Zielvorstellungen und Forderungen des BUND

1986

- Tarifstrukturen der DB-Stellungnahme des BUND
- Erhaltung des Schienennetzes in der Fläche
- Verkehrsforum Bahn
- Neubau/Ausbaustrecken der DB

1987

- Positionspapier zu DB-Neubaustrecken
- Positionspapier ÖPNV
- Stellungnahme zur Magnetschwebbahn
- Positionspapier zum Bundesverkehrswegeplan

1988

- Magnetschwebbahn
- Flugverkehr
- Umgehungsstraßen
- Fortschreibung des verkehrspolitischen Grundsatzprogramms

1989

- Verkehrspolitisches Grundsatzprogramm
- Alpentransit
- Verkehrssteuern und Abgaben
- Magnetschwebbahn

1991

- BUND-Position „Verkehrspolitisches Grundsatzprogramm“
- Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz
- Gesamtdeutscher Verkehrswegeplan
- Erarbeitung der BUNDargumente „Güterverkehr und EG-Binnenmarkt“

1992

- Verkehrswegeplan, Bedarfsplan Bundesfernstraßen
- Investitionsmaßnahmengesetz „Projekte Deutsche Einheit“
- Projekt Arbeitskreis „Rhein-Main-Verkehr“

1993

- Bahnstrukturreform (Privatisierung und Regionalisierung)
- Wasserstraßenausbau (Elbe, Saale, Havel)

1994

- BUNDinfo „Verkehr“ herausgegeben
- Roadpricing
- Papier zur europäischen Verkehrspolitik

1995

- Vorschläge für eine Verkehrskampagne entwickelt
- BUNDhintergrund „Regionalisierung des Nahverkehrs“ herausgegeben

1996

- Güterverkehr

1997

- Transrapid
- Öko-Steuern
- Fernstraßenbauprojekt
- Erarbeitung der Verkehrsstrategie 2005
- Stellungnahme zum Brennstoffzellenauto

1999/2000

- Flächenbahn
- Bundesverkehrswegeplanung
- Position zur Flughafen- und Flugverkehrspolitik in Deutschland
- Ökologische Steuerreform im Verkehrsbereich
- Transrapid, Metrorapid
- LKW-Maut

2000/2001

- Binnenschifffahrt und Schutz der Flüsse
- LKW-Maut
- Novellierung des Fluglärmgesetzes
- Flächenbahn
- Ökologische Steuerreform und Abgaben im Verkehrsbereich

- Reform von Bundesverkehrswegeplanung und Verkehrsfinanzierung

2001/2002

- LKW-Maut
- Bundesverkehrswegeplanung
- Flugverkehrswachstum und Fluglärm
- Positionspapier zur Binnenschifffahrt und Konsequenzen der Flutkatastrophe
- Liberalisierung und Deregulierung im ÖPNV
- Verkehrsfinanzierung

2003

- Neue Preissysteme der Bahn
- Bundesverkehrswegeplanung
- Studie zur neuen Mobilitätspolitik
- Studie „Zukunftsfähiges Schienennetz für Deutschland“

2004

- Bundesverkehrswegeplanung
- Herausgabe „Schwarzbuch Fernstraßenbau“

2005

- EU-Luftreinhaltungs-Richtlinien: Feinstaub und Stickstoffdioxid
- Ökonomische Instrumente im Verkehr
- Weiterentwicklung der Bahnreform (Trennung Netz und Betrieb)

4.17 Arbeitskreis Wald

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1980

- Stellungnahme zur Erschließung des Körperschafts- und des Privatwaldes mit Forststraßen außerhalb des Hochgebirges
- Situation des Auwaldes
- Novellierung des Waldgesetzes für Bayern und des Bayerischen Naturschutzgesetzes

1983

- Info-Mappe „Waldsterben“

1986

- Waldschadensbericht 1986 für Bayern
- BUND-Waldprogramm des LV Rheinland-Pfalz
- BUND-Faktenblatt „Der Wald stirbt“

1987

- Entwurf einer Grundsatzposition des BUND: Aufforstung aus Sicht des Naturschutzes
- Studienfahrt zum Thema „Bergwaldsterben“
- Datenzusammenstellung zum Thema Waldsterben

1988

- Presseinformation zum Waldschadensbericht

1989

- Zur Tropenwaldvernichtung wurde ein differenzierter Forderungskatalog erarbeitet
- Regionalberichte „Waldschäden“
- Tannensterben
- Veröffentlichung: BUND-Position „Wald“

1990

- BUND-Waldprogramm
- Vegetationsschäden in Bergregionen
- Einsatz exotischer Baumarten zur Schutzwaldsanierung

1991

- Entwurf für eine Welt-Wald-Konvention erarbeitet
- Waldschadensbilanz

1993

- Waldsterben
- Fachtagung „Wald und Waldarbeiter in Ozonstress“

1994/1995

- BUND-Position „Wald für die Zukunft“ fertiggestellt
- Gemeinsames Papier mit Greenpeace zur naturverträglichen Waldnutzung
- Vorstellung des BUND-Waldschadensberichtes

1995/1996

- Jagd und Wald
- Tropenwald und Boreale Wälder

- BUND-Info „Nachhaltige Nutzung tropischer Wälder“ wurde für eine zweite Auflage überarbeitet

1996/1997

- Zertifizierungssystem für Holz aus ökologischer Waldnutzung

1998

- Naturland-Zertifizierung
- FSC-Zertifizierung
- Waldschäden im Erzgebirge
- Studie „Waldökologie: Anbauverbot für standortfremde Baumarten“

1998/1999

- NATURLAND-Zertifizierung
- FSC-Zertifizierung
- Waldpädagogik
- Waldsterben
- Jagd und Wald
- Tropenwaldschutz

2000

- Waldpädagogik

2001/02

- Wald und Jagd

2003

- Gutachten zur guten fachlichen Praxis bei der Waldnutzung

4.18 Arbeitskreis Wasser

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1980

- Trinkwasser-Sparprogramm
- Stellungnahme zum Konzept des Landesverbandes Hessen zur Wasserwirtschaftspolitik und zum Gewässerausbau

1981

- Diskussion über Trinkwasserrichtlinie der EU

1982

- Konzipieren eines BUND-Wasserprogramms

1983

- Empfehlung zu naturnahem Ausbau und Unterhaltung von Fließgewässern
- Ökologisch-hydrologische Beweissicherung bei Eingriffen in den Wasserhaushalt
- Hochwasserschutz/Rückhaltebecken
- Zustand der Fließgewässer innerhalb von Waldungen

1984

- Bestimmung von Verschmutzungsindikatoren durch die Fachgruppe Wasseranalytik
- Entwurf eines BUND-Wasserprogramms
- Erfahrungen mit Bachpatenschaften
- Erarbeitung eines Entwurfs zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes

1985

- Wasserkraftnutzung in Hessen: Bestimmung des Potentials für Wasserkraftanlagen
- Aktuelle Probleme des Gewässerschutzes
- Nitrate
- Biologische Selbstreinigungsleistung
- Novellierung der Landeswassergesetze

1986

- Betreuung der Aktion „Rettet die Bäche“
- BUND-Position „Wasser“ neu überarbeitet

1987

- Änderung der 1. Abwasserverwaltungsvorschrift
- Neue Ansätze raumordnungspolitischer Wasserversorgung/Pro und Kontra
- Fernwasserversorgungssysteme
- Reinhaltordnung und Bewirtschaftungspläne
- Vollzugsdefizite im Wasserbereich
- Wassertag

1988

- Gewässerschutz/Chemische Belastung
- Klärschlammverwendung/-entsorgung

- Hochwasserrückhaltung
- Abwasserbeseitigungskonzept

1989

- Schutz der Gewässer und des Trinkwassers vor Pestiziden
- Kampagne „Gläsernes Wasserwerk“
- Novellierung der Trinkwasserverordnung

1990

- Pestizide im Grundwasser
- Trinkwasser in Not
- Trinkwasser/-versorgung–EG–Grenzwerte
- BUND–Aktion zur Anwendung von Pestiziden auf Freiflächen

1991

- Wasserpolitische Grundsatzprogramm des BUND überarbeitet
- Pflanzenkläranlagen

1994/1995

- Bewahrung der Trinkwasserrichtlinien der EU
- Erstellung eines BUNDkommentars „Privatisierung der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung? Nein DANKE!“
- BUNDkommentar „Pflanzenkläranlagen“

1995

- Ausweitung der Grenzwerte aus der Trinkwasserrichtlinie der EU auf Bodenschutzgesetz und Trinkwasserverordnung der BRD
- Mitwirkung an der „Bodenschutztagung“ des BUND in Würzburg

1996

- Hormonähnliche Stoffe (endokrine Substanzen) im Wasser
- Hochwasser und Hochwasserschutzmaßnahmen

1997

- Lobbyarbeit Fließgewässerschutz statt Elbe- bzw. Donauausbau
- Wasserhaushalt als zentrale Steuergröße für einen ganzheitlichen Umweltschutz in der Landschaft

1999

- Hochwasserschutz
- ökologischer Umgang mit Regenwasser
- Überarbeitung des BUNDhintergrunds „Privatisierung der

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“

- Workshop „Binnenfischerei und Naturschutz“

2001

- Liberalisierung und/oder Privatisierung der Wasserwirtschaft
- Wasserrahmenrichtlinie
- BUND–Hintergrundpapier über „Endokrin wirksame Substanzen“ herausgegeben
- Mitarbeit in der internationalen Gewässerschutz–Kommission IKS (Rhein)

2002

- Herausgabe einer Broschüre „Ökologischer Hochwasserschutz“
- Mitarbeit an der BUND–Position zur Wasserkraftnutzung
- Ökologische Positionen zu Wassersport

2003

- Vorbereitung und Durchführung der Wasserrahmenrichtlinien (WRRL)–Workshops in Kassel und des 1. WRRL–Forums des BUND in Hannover gemeinsam mit Bundesgeschäftsstelle
- Lobbyarbeit zum ökologischen Fließgewässer- und Hochwasserschutz im Rahmen der Bundesgesetzgebung
- Vorschläge zum Hochwasserschutzgesetz des Bundes (Artikelgesetz)
- Herausgabe Klärschlamm–Position des BUND

2004

- Durchführung des 2. WRRL–Forums in Kassel
- Mitarbeit an BUND–Position zur Wasserkraft–Nutzung
- Begleitung des Leitfadens für Wasserkraftanlagen des Umweltbundesamtes

2005

- Durchführung des 3. und 4. WRRL–Forums in Fulda
- Vorbereitung zum BUND–Hintergrund „Grundwasserschutz“
- Ausweitung der Mitarbeit in den internationalen Gewässerschutz–Kommissionen (IKS) auf Elbe, Oder und Donau
- Diskussion zum Konzept „Hochwasserschutz am Oberrhein“

2006

- Durchführung des 5. und 6. WRRL–Forums in Fulda
- Vorbereitung zum BUND–Hintergrund „Grundwasserschutz“

- Diskussion „Grundwasser als Lebensraum“/Aufnahme dieses Themas in die Forschungsförderung des Umweltbundesamtes
- Mitarbeit zur BUND-Position zur Geothermie
- EU-Hochwasserschutz-Richtlinie
- Gewässerbelastung durch perfluorierte Tenside

4.19 Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen

1) Arbeitskreis Finanzen und Steuern/Arbeitskreis Finanzpolitik und öffentliche Haushalte

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1980

- Bundespressekonferenz zum Bruttosozialprodukt
- Finanzpolitik im Dienste des Umweltschutzes

1981

- Zusammenstellung umweltrelevanter steuerrechtlicher Regelungen

1982

- Auseinandersetzung mit den Theorien von Keynes
- Überlegungen, wie Einfluss auf die Entwicklung durch Besteuerung genommen werden kann

1987

- Ressourcenbesteuerung, insbesondere Energiebesteuerung
- Ökologie und Staatshaushalt

1988

- Entwicklungspolitik im Kontext mit der Weltbanktagung in Berlin
- Buch über Umweltsteuern fertiggestellt
- Expertengespräch zu Verkehrsfragen (zusammen mit AK Verkehr)
- Erarbeitung einer Stellungnahme zum Sachverständigen-Gutachten des Rats für Umweltfragen (zusammen mit AK Wirtschaftsfragen)

1989

- BUNDargumente zu Beschäftigungseffekten im Umwelt-

schutzbereich erstellt

- Umweltsteuern, insbesondere im Abfallbereich
- EG-Binnenmarkt und seine Auswirkungen auf den Verkehr
- BUND-Position zu Umweltsteuern
- Ökologische Unternehmensführung
- Weltbank/Entwicklungspolitik

2) Arbeitskreis Wirtschaftsfragen

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1983

- BUND-Veröffentlichung „Arbeit ohne Umweltzerstörung“

1988/89

- Fertigstellung der BUND-Position über ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik
- Neuausgabe des Buches „Arbeit ohne Umweltzerstörung“
- Mitarbeit bei der Erstellung der BUND-Position „Umweltsteuern“ und den BUNDargumenten zu „Arbeitsplätze und Umweltschutz“ (gemeinsam mit AK Finanzpolitik und öffentliche Haushalte)

1+2) Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen

Beispiele für eingesetzte Unter-Arbeitsgruppe

AG Grundsatzfragen der Wirtschaftstheorie und -politik, AG Finanzpolitik und öffentliche Haushalte, AG Ökologische Unternehmensführung, AG Europäische Integration, AG Nachhaltiges Wirtschaften, AG Weltwirtschaft und Entwicklungsländer (entnommen aus Jahresbericht für 1991)

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1991/92

- BUND-Position „Ökosoziale Marktwirtschaft“ erstellt
- BUND-Position „Ökologische Unternehmensführung“ erstellt
- Neuauflage des Kommunalen Haushalts ABC
- BUND-Fakten zu Sustainable Development
- Umweltsteuern

1993

- Zukunftsfähiges Deutschland

- Gemeinsames Positionspapier des BUND und des Bundesverbandes Junger Unternehmer zum Thema „Ökosoziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht
- EG-Öko-Audit-Verordnung
- BUND-Position 23 „Weltwirtschaft und nachhaltige Entwicklung“ veröffentlicht
- Umweltorientierte europäische Verfassung

1994

- Arbeit und Umwelt
- BUNDargumente „Umwelt & Wirtschaft“ erstellt
- Faltblatt „Mit Steuern umsteuern“ herausgegeben
- BUNDpublikation „Sachstandsbericht: Zukunftsfähiges Deutschland“
- EG-Öko-Audit-Verordnung

1995

- Zukunftsfähiges Deutschland
- EG-Verordnung zum Umweltmanagement und zur Umweltbetriebsprüfung
- BUNDhintergrund „Ökologische Steuerreform“
- Umfangreiches Papier zum Thema „Nachhaltige Entwicklung in den G7-Staaten“ erarbeitet

1996/1997

- Ökologische Steuerreform
- BUND-Hintergrund zum Abbau von Subventionen – etwa im Verkehrs- und Agrarbereich
- Stellungnahme des BUND zu freiwilligen Vereinbarungen zwischen Staat und Unternehmen
- Arbeit und Umwelt

2000

- Steuerung der Flächennutzung
- Diskussion über Umweltzertifikate
- Landwirtschaft und Außenschutz
- Privatisierung

2002

- Veröffentlichung „Zukunftsfähige Unternehmen“

2003

- BUND-Hintergrund EU-Emissionshandel

- BUND-Hintergrund Entfernungspauschale
- Abbau ökologisch schädlicher Subventionen
- Tagung zum Einsatz ökonomischer Instrumente und Flächenmanagement

2004

- Fortschreibung des Nationalen Klimaschutzprogramms
- Begleitung des Gesetzgebungsverfahrens zu den projektbasierten Kyoto-Mechanismen im EU-Emissionshandel
- Tagung zur Nutzung ökonomischer Instrumente auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität

2005

- Klimaschutz und seine Instrumente
- Nutzung ökonomischer Instrumente auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität
- Tagung zum Nationalen Allokationsplan II im EU-Emissionshandel

2006

- Stellungnahme zum Entwurf des Nationalen Allokationsplanes II
- Tagung zum Wirtschaftswachstum
- Fortentwicklung von Instrumenten des betrieblichen Umweltmanagements

4.20 Arbeitskreis Zukunftsfähige Raumnutzung

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

2001–2004

- Erarbeitung eines Positionspapiers zum Thema „Flächenverbrauch“ (in Abstimmung mit den Arbeitskreisen Naturschutz, Bodenschutz, Landwirtschaft, Verkehr sowie Wirtschaft und Finanzen)

2005

- Aktivitäten zur Bekanntmachung der BUND-Position zum Flächenverbrauch (Teilnahme an Fachtagungen, Fachgesprächen, Zeitschriftenbeiträge etc.)
- Mitwirkung bei verbändeübergreifender Position der Naturschutzverbände zum Thema „Reduzierung der Flächeninanspruchnahme“

2006

- Öffentlichkeitsarbeit für die BUND-Position zum Flächenverbrauch
- Demographie und Raumnutzung
- Erneuerbare Energie (insbesondere Bioenergie) und ihre räumlichen Einflüsse

4.21 Ehemalige Arbeitskreise

4.21.1 Arbeitskreis Stadtökologie

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1988/89

- Entwicklung von Positionen zum Umgang mit der Natur in Ballungsräumen
- Handlungskonzepte für eine ökologisch ausgerichtete Kommunalpolitik
- Entwicklung ökologisch ausgerichteter Sanierungskonzepte
- Grün- und Freiraumpolitik im besiedelten Bereich
- Spielplatz und Naturschutz

4.21.2 Arbeitskreis Denkmalschutz

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1988/89

- Umweltschutz und Denkmalschutz in ihren wechselseitigen Beziehungen
- Entwicklungschancen des Dorfes
- Verschleiß historischer Architektur

4.21.3 Arbeitskreis Mittlere Technologien

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1981

- 6. Jahresausstellung „Energiesparen-Sonnenenergie-Umweltschutz“

1982

- 7. BUND-Jahresausstellung in Freiburg mit Workshop zu mittleren Technologien

1985

- Vorstellung des ÖkoMOBILhauses auf der Öko'85

4.21.4 Arbeitskreis Ökologische Grundlagen und Forschung

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

Ökosystemforschung, Umweltdiagnostik, ökologische Beweissicherung und Umweltbelastungstests, Monitoringprogramm für Deutschland

4.21.5 Arbeitskreis Städtebau und Raumordnung

Tätigkeitsbeispiele/Arbeitsschwerpunkte

1982

- Raumordnung: Erarbeitung von Grundlagen für ein Aktionsprogramm Ökologie
- Veröffentlichung: Grundsatzposition zu Stadtökologie

1983

- Bauleitplanung/Landschaftsplanung
- Regionale Entwicklungsprogramme
- Ökologie in der Stadt (Begrünungen)
- Konzepte für räumliche Gesamtentwicklung
- Konzept für periphere Räume mit Abwanderungstendenz

1984

- Neuordnung des Baurechts
- Baugesetzbuch
- Raumordnung und Verkehr

1985

- Baugesetzbuch: Verbindlichkeit der Landesplanung
- Baugesetz-Novellierung
- Landesverordnungs-Novellierung
- Veröffentlichung: Positionspapier „Raumordnung/Städtebau“

1986

- Grundfragen einer ökol. orientierten Raumordnungspolitik
- Überlegungen zum Anspruch der Ökologie an die Raumordnung
- Umweltstandards
- Kritik an Kategorien der Flächenstatistik

1987/88

- Erarbeitung eines Grundsatzprogramms „Für eine ökologisch ausgerichtete Raumordnungs- und Städtebaupolitik“
- BUND-Stellungnahme zum Bundesnaturschutzgesetz und zur Umsetzung der EG-Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (zusammen mit AK Rechtsfragen)

4.21.6 Arbeitskreis Wirtschaftsfragen und Arbeitskreis Finanzpolitik und öffentliche Haushalte

Informationen dazu beim Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen (4.19)